



Die Sprache der Macht :

"Einige Tausend BEFREIUNGSKÄMPFER BEFREITEN in einer erfolgreichen RETTUNGSAKTION die Bewohner Grenadas, die jetzt Befreite Bewohner sind und jetzt in FRIEDEN leben. Die FREIHEIT und der FRIEDEN triumphieren weltweit".

R. Reagan, Okt. 1983



AKTION

ANARCHISTISCHES MAGAZIN

RUB Bochum

Inst. z. Gesch.
d. Arbeiterbew.

SZD 2319

OH HEISS DER HERBST SUN ODER KALT,
WIR WISSEN NACHT MIT DIE GEWALT.
ERFENNBAR GLEICH AN LEDERJACKEN.
GESICHTSTUCH, HELM (ZUM SCHUTZ DER NACKEN
DEM FRECHEN BEICH UND AUCH ZU ZEITEN
AN NOCH GANZ ANDEREN KLEINGKEITEN.
HIER IST GEWISS DIE GANZ VONNOTEN
MIT NAPALM, PANZER UND RAKETEN.



FRIE.... REAL-
SOZIALISMUS

No. 4 - 83 2DM 2Sf.

17S



REDAKTION

AKTION
Mainzer Landstraße 147
6 Frankfurt / M.
oder
Postlagerkarte 031 301 B
6 Frankfurt / M. 17

KONTO

K. Cohrs
Postscheckkonto
3337 97-601
Pecha Film
BLZ 500 100 60

VERTRIEB

ANARES-MEDIEN
Mühle 28
5270 Gummersbach 31

Berlin:

REGENBOGEN
Seelingstr. 47
1000 Berlin 19

ANZEIGEN

Die Preisliste vom Juli/August
ist hiermit ungültig! Die
neue Liste kann ab November bei
der Redaktion bestellt werden.

AUSTAUSCHANZEIGEN

machen wir weiterhin gern mit an-
deren Zeitungen, schickt uns also
eure Druckvorlage (nicht breiter
als 8,0 cm) zu.
Sobald wir ein Belegexemplar von
unserer Anzeige, von euch er-
halten haben, drucken wir eure
ab!

REDAKTIONSSCHLUSS
für die nächste Ausgabe ist der
10. Dezember 83

GESUCHT
werden Wiederverkäufer für die
AKTION. Bei der Abnahme von
mindestens 5 Exemplaren be-
kommt ihr 30% Rabatt, bezahlt
dafür das Porto selbst.

Sämtliche Artikel geben nicht unbe-
dingt die Meinung der Redaktion
und schon gar nicht die des presse-
rechtlich Verantwortlichen wieder.
VSDP. K. Cohrs

Das Titelfoto und das Gedicht
sind der Broschüre "Poesie
für Zimmermann" entnommen.
Sie ist beim:
Förderverein Umweltschutz
Unterelbe e.V.
Bartelsstraße 26
2000 Hamburg 6
zu beziehen.
Vielen Dank an die Herausgeber.
D. Red.,

EIGENTUMSVORBEHALT!

Nach diesem Eigentumsvorbehalt
ist die Zeitschrift so lange Eigen-
tum des Absenders, bis sie dem
Gefangenen persönlich ausgehän-
digt worden ist. "Zur-Habe-Nah-
me" ist keine persönliche Aus-
händigung im Sinne des Vorbe-
halts. Wird die Zeitschrift dem
Gefangenen nicht persönlich aus-
gehändigt, ist sie dem Absender
mit dem Grund der Nichtaushän-
digung zurückzusenden.

INHALT:

- S. 4 Soziale Demontage
- S. 6 Leserbrief
- S. 8 Unsere Antwort
- S. 12 Der Stalinkult und
Groucho Marx
- S. 14 Die Ratten kriechen aus
den Löchern raus.
- S. 18 Zum Tod von K. Altun
- S. 19 Kurzes aus BRD
- S. 20 2ter Teil: In Chile nichts
neues?
- S. 23 Wende in Moskau oder der
Fortschritt hat viele Ge-
sichter
- S. 27 Polnische Anarchisten:
Beunruhigende Tendenzen
- S. 29 Kurzes - International
- S. 30 Realsozialistische Werbung
- S. 31 Kurzes
- S. 32 Poesie für Zimmermann
- S. 33 Filmbesprechung: Wagames
- S. 35 Denkblokkaden - Gedicht
- S. 36 ... meint Reagan. Wir meinen:
Fuck off!



ЗЕМЛЮ ОТ ПОЖАРА УБЕРЕЧЬ!

FREIABO für die als erste bei uns eingegangene Übersetzung !!!!!

Freunde und Gegner

Diese AKTION ist, wie viele es sich wohl schon
gedacht haben, die letzte Ausgabe in diesem Jahr.
Dies ist nicht nur durch unser Unvermögen bedingt,
sondern hat seine Ursachen in der Urlaubszeit,
(Lohn-) Arbeitszeit, Beerdigungen, mehreren Um-
zügen und anderen Schwierigkeiten, die mit unserer
Existenz zu tun haben.

Jetzt sitzen wir in einem neuen Redaktionsraum und
sind zuversichtlich, unsere Kontinuität wieder fort-
setzen zu können.

Für die Nummer 1/84 ist der Redaktionsschluss am
10.12.83 und sie wird etwa am 10.1.84 fertig sein.
Mit den Terminen geht es dann so weiter: Redak-
tionsschluss (2/84) 10.2.84, fertiggestellt am 10.3.
usw.

Die Nr. 1/84 wird im Verkauf übrigens 2,50 Mark
kosten, was sich nicht mehr vermeiden lässt...
Der Preis für die ABO's bleibt wie bisher, wir bie-
ten euch sogar die Möglichkeit bis zum 31.12.83
(Poststempel) VERBILLIGT zu abonnieren: 6 Nr.:
13.- DM & 12 Nr.: 26.- DM - das gilt auch für Abo-
verlängerungen.

Da wir gerade bei Kohle sind: etliche unserer ver-
ehrten Wiederverkäufer haben eine, uns in Schwierig-
keiten bringende Vorstellung, mit WAS wir die Rech-
nungen begleichen! Jede/r müsste doch begreifen, daß
sich das Geld in einem Kreislauf befindet und wir
(bzw. die Drucker) auf rechtzeitige Abrechnungen an-
gewiesen sind. Ein Mühen wird noch gesucht,....

Etwas Angenehmes haben wir auch noch zu sagen.
Zuerst einmal möchten wir uns für die Menge an
Beiträgen und Post bedanken, nur aus Platzman-
gel können nicht alle Sachen untergebracht werden!
(Was nicht heißen soll, daß wir alles und jedes
abdrucken) Macht weiter so...!

Es hat sich für diese Ausgabe ein Schwerpunkt er-
geben: REALSOZIALISMUS. Dadurch wollen wir
unsere Position zur SU deutlicher machen, aufzeigen
warum die SU für uns staatskapitalistisch, im-
perialistisch etc. ist.

Zu den Bereichen Privatkapitalismus, seinem Im-
perialismus und Militarismus... haben wir unsere
Position seit 3 Jahren klar und unmißverständlich
dargestellt, sodaß wir einige Unterstellungen dog-

matischer Marxisten/Leninisten für rhetorische
Ohnmachtsergüsse, bedingt durch ihre Scheuklap-
pen, halten - darauf nehmen wir keine Rücksicht.

Unser Redaktionskreis hat sich inzwischen erwei-
tert und wir meinen, daß sich dies auch qualitativ
ausgewirkt hat.

Eure Redaktion

ABO

Ich will endlich die AKTION abonnieren!

Bis 31.12.83

- 6 Nummern (BRD) 13.- DM Ausl. 15.- DM
- 12 Nummern (BRD) 26.- DM Ausl. 30.- DM

Ab 1.1.84

- 6 Nummern (BRD) 15.- DM Ausl. 17.- DM
- 12 Nummern (BRD) 30.- DM Ausl. 34.- DM

Das ABO verlängert sich NICHT automatisch!

Bestellungen nur mit diesem Coupon!

Auslieferung: NACH Eingang des Geldes!

• Verrechnungsscheck • Überweisung auf's Konto!

NAME

ADRESSE

Kersten Cohrs, Postscheckkonto 3337 97-601,

Pecha Film, BLZ 500 100 60,

AKTION - Mainzer Landstr. 147, 6 Ffm

- Postlagerkarte 031 301 B, 6 Ffm 17



SOZIALE DEMONTAGE

„... Durch das ganze Raketengetöse wird die Sozialpolitik langsam aber sicher an den Rand des Bewußtseins gedrückt (ist wahrscheinlich auch beabsichtigt). So wichtig der Frieden ist, - liegt noch lange kein Grund vor in der 'sozialen Frage' zu resignieren. Wenn einige Leute meinen sie müßten für den Frieden fasten - sollen sie es ruhig tun - nur was machen sie mit dem ersparten Geld? Zum Frieden gehört nämlich auch, daß der Mensch - JEDER Mensch - ein würdiges Leben führen kann, ohne Demütigungen. Also müssen wir uns gegen die soziale Demontage wehren

So lautet der Begleitbrief zu dem folgenden Artikel, der uns vom Verein Sozialtherapie geschickt wurde. Der Verein ist eine Selbsthilfegruppe von Sozialhilfeempfängern, die z. Z. besonders gegen die Zwangsarbeit nach §19 (BSHG) kämpft. Interessierte können sich zwecks Kontakt, Informationen oder auch zum Kaffee trinken melden. Täglich außer Sonntags - Sozialtherapie Film - Egenolffstraße 32, 6 Frankfurt/M., Tel.: 0611/491935

Die Devisen, immer größeres Wachstum - schafft immer mehr Arbeitsplätze, hat sich als das erwiesen was sie ist: als Augenwischerei für die breiten Massen.

Die Profite der Kapitaleigner steigen, die Reallohn der Arbeitnehmer (sofern sie noch einen bezahlten Arbeitsplatz besitzen) fallen, ständig werden Arbeitsplätze vergratet (diese Vernichtung der Arbeitsplätze wird auch noch vom Staat subventioniert), Lebenshaltungskosten und die Zahl der Arbeitslosen steigen im gleichen Maße. Kurz, - die Wirtschaft der westlichen Welt ist an die Grenze ihres

Wachstums gestoßen.

Je höher die Arbeitslosenzahlen - desto geringer die Staatseinnahmen (weniger Lohn-, Einkommens-, Mehrwertsteuer usw.). Der Staat muß sparen. Wo spart er? Bei den Flecken? - Nein!!! - Bei den Meier, Müller, Schulze! Bei denen, die oft auch so schon nicht genug zum Leben haben.

Gekürzt wird bei den Rentnern, Kinderreichen, Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen. So sind im Bereich der Arbeitslosenversicherung seit 1981 - trotz steigender Arbeitslosenzahlen - Leistungen in Höhe von

19 Milliarden DM eingespart worden (FR v. 5.4.83). Die Folge: steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger. Aber auch hier wird gekürzt! So muß 1983 mit einer realen Kürzung von etwa 3 % der ehemals schon viel zu gering bemessenen "Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)" (Neue Praxis 4/82 S. 386ff), gerechnet werden.

Sozialhilfeempfänger - die Deppen der Nation?

Betrachten wir uns doch einmal die "Frankfurter Verhältnisse" für Sozialhilfeempfänger.

Immer mehr Bürger werden Sozialhilfeempfänger. Allein in Frankfurt waren es 1982 mehr als 20000. Durch den ständig sinkenden Reallohn, sind in zunehmendem Maße auch Nicht-Beschäftigte auf Beihilfen für sich und ihre Familien angewiesen.

Abgesehen von Demütigungen (lange Wartezeiten - stehend in engen Fluren, häufiges Vorgesprochen, Offenlegung persönlicher Belange), denen alle Hilfeempfänger unterworfen sind, werden Sozialhilfeempfänger, welche keinen festen Arbeitsplatz haben, zur ZWANGSARBEIT herangezogen. - In den ersten beiden Monaten '82 waren dies in Frankfurt 506 Personen.

ZWANGSARBEIT? - Was ist das? Sie wird nach den §§ 18-25 BSHG (Bundessozialhilfeges.) geregelt - und dort gemeinnützige und künstlerische Arbeit genannt. Gemeinnützig stimmt; gemein gegenüber dem Hilfeempfänger - nützlich für Wallmann Stadtsäckel und seine Prestigeobjekte: Alte Oper, Zeil, B-Ebene, Museumsufer, Schwimmsperre, Römerbergbauung... Zusätzlich stimmt auf keinen Fall!!!! Auf den amtlichen Vordrucken der Stundenzettel zur Abrechnung der geleisteten Arbeit nach § 19 BSHG, sind nur das Gartenamt, Sport- und Badeamt, sowie das Stadtreinigungsamt verzeichnet. Die dort Eingetragten machen exakt die selbe Arbeit wie die Festangestellten.

Die Vergütung ist allerdings erheblich unterschiedlich. So bekommt ein Sozialhilfeempfänger 1,-DM pro Arbeitsstunde, egal wie lange er diese Arbeit verrichten muß. Er bekommt keine Zuschläge (Fahrtkosten, Essensgeldzuschuß etc.). Auch ist er weder Renten- noch Arbeitslosenversicherung (§19(3)). Der Fest-Beschäftigte dagegen, erhält in den genannten Arbeitsbereichen einen Anfangslohn von 1706,43 DM - 1919,46 DM, zuzügl. Ortszuschlägen und diverser Zulagen. Wenn man bedenkt, daß die Stadt für einen Festangestellten noch einmal ca. 15 % seiner Bezüge als Arbeitgeberanteil an die Sozialversicherung abgeben muß, dann kann man ausrechnen, WAS die Stadt an einem ZWANGSARBEITER spart.

Was wundert es dann noch, daß DIE STADT immer mehr Personal abbaut und stattdessen Sozialhilfeempfänger als ZWANGSARBEITER einsetzt.

WAS TUT DER IGB DAGEGEN?!

WAS TUT DIE ÖTV DAGEGEN?!

Auf eine Anfrage der SPD - Fraktion im Römer zur Problematik der ZWANGSARBEIT, antwortete Wallmann unter anderem: "Neben wird versucht, denjenigen Sozialhilfeempfängern, welche sich besonders arbeitswillig und geeignet erweisen, eine evtl. freie Stelle im jeweiligen Einsatzamt zu übertragen. In der Vergangenheit ist dies in ca. einem Dutzend Fällen gelungen. Genauere Daten zu dieser

Frage sind bisher nicht erhoben worden."

Wenn man nun weiß, daß sich dieses "In der Vergangenheit" auf den Zeitraum vom 1.1.80 bis zum 28.2.82 erstreckt, wenn man dann noch weiß, daß in dieser Zeit 6113 Sozialhilfeempfänger ZWANGSARBEIT leisten mußten, - und von diesem gewaltigen Haer von ZWANGSARBEITERN höchstens 12 Sozialhilfeempfänger durch die Maßnahmen nach §19 eine feste Anstellung fanden, - dann ist diese Antwort in ihrem schweiniischen Zynismus (liebe Schweine entschuldigt) nicht mehr zu überbieten.

Das Wallmann & Co. ihre acht- und repräsentationsbedürftige Politik auf dem Rücken der kleinen Leute betreibt, dürfte wohl jeder bemerkt haben. Der OB aller Bürger hat es in seiner bisherigen Amtszeit immerhin geschafft, Frankfurt zur höchstverschuldeten Stadt der Bonner Republik zu machen. Sämtliche tatsächliche Kosten seiner Prestigeobjekte übersteigen die der ursprünglichen Planung erheblich. Welche kinderreiche Familie, welcher Klein-Rentner, welcher Sozialhilfeempfänger kann sich einen Besuch im Roboterk-Bad - der Schwimmsperre leisten?!

Es ist ein Skandal, daß die Gastronomie in der ALTEN OPER mit 700000,- DM bezuschußt wird!!! Wer schlemmt dort wohl?!

So viel zur "Frankfurter Praxis". So weit die "Frankfurter Verhältnisse".

Ziel des BSHG ist die "Hilfe zur Selbsthilfe", auch im Unterabschnitt "Hilfe zur Arbeit".

So sind die Voraussetzungen und der Zweck der Arbeitshilfe wie folgt bestimmt:

1. Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Personen, die Arbeit suchen, auf dem regulären Arbeitsmarkt aber keine finden (§19).
2. Gewöhnung an Arbeit für Arbeitsentwöhnte (§20).
3. Prüfung der Arbeitsbereitschaft (§20).

Diese Tätigkeiten sollen Gemeinnützig und ZUSÄTZLICH sein!!!

Und was ist?

Mit der beschriebenen "Frankfurter Praxis" wird jedoch keines der Ziele der "Hilfe zur Arbeit" erreicht, sondern von dem Hilfeempfänger eher als Bestrafung empfunden.

Zu 1. HLU & 1,-DM pro Stunde geleisteter Arbeit als Prämie ist in keinem Fall eine Leistungsgerechte Entlohnung. Da keine Renten- und Arbeitslosenversicherung, sowie keine reguläre Krankenversicherung besteht, fällt im Krankheitsfall die Prämie fort, - und es gibt auch keinen tariflichen Urlaubsanspruch. Da kein normales Arbeitsverhältnis existiert, gibt es auch keinen arbeitsrechtlichen Schutz.



Betriebliche - oder gar gewerkschaftliche Mitbestimmungsrechte fallen vollständig flach.

Zu 2. Unter den oben beschriebenen Umständen kann sich wohl niemand an Arbeit gewöhnen!

Zu 2. Hier wären wohl 4 Wochen
Arbeitsleistung mehr als genug,
doch wer einmal in dieser Mühe
steckt, kommt nur sehr
schwer wieder heraus.

Ver sich weiter, die Arbeitsverpflichtung zu genügen, muß damit rechnen, daß ihm nach § 23 die HLU gestrichen wird. Dabei hat das DVG in einem Urteil vom 7.8.66 festgestellt, daß die Nichtbewilligung "NICHT" Bestand haben darf, wenn dies nicht zur Korrektur im Verhalten des Anspruchsberechtigten beiträgt. Aus all diesem ergibt sich eindeutig: die zur Zwangsarbeit verpflichteten werden als Werkzeug der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik mißbraucht! Die Stadt spart Geld und der "Mocro" spart Arbeitskräfte wird mit Hinweis auf die billigen ZWANGSARBEITER diszipliniert.

Was machen wir nicht mehr mit!
Im Kriegsgang überleben?
Welch ein würdeloses Schau-
spiel!

Deshalb fordern wir von der
Stadt Frankfurt Auskunft und
Abhilfe!

Deshalb gibt es jetzt die "IG § 19". Wir, die Interessengemeinschaft §19, sind ein loser Zusammenschluß von Sozialhilfeempfängern. Nach leidvoller, oft jahrelanger Erfahrung mit dem BSHG und dem hiesigen Sozialamt, wissen wir:

SO KANN ES NICHT WEITER GEHEN!

Daß wir uns wehren
müssen,
daß werden wir doch
einschauen !!

HG 19

(Sozialtherapeutische Ffm)



Газета основана
5 мая 1912 года
В. И. ЛЕНИНЫМ

БЫТЬ ПРИМЕРОМ ДИСЦИПЛИНЫ И ДЕЛОВИТОСТИ

В период когда: как трудовое дело, так и вся жизнь, была казнь — быть коммунистом. Но и большая ответственность. Она вынуждала к росту количества трудовых дел, дел коммунистической партии, усиливанию забот, решаясь вместе с товарищами разогнать социализма.

Никита Хрущев в ряд коммунистов задал вопрос: упрямые диссиденты, организаторы, организаторы, принимающие во внимание встречают широкие слои людей, благословенно связываются с ними, всей государственной и в то же время: От коммунизма до коммунизма: коммунистический труд — это неслыханный труд, а не коммунистический труд, а не коммунистический труд, а не коммунистический труд.

Члены партии
впереди всех в
державном
где назре
нить 30
де 7

Zum Artikel "Gedanken zur Stationierung"
aus Nr. 3/83 und anderen ...

Liebe Louis,
 als Leser, der im übrigen die
 AKTION wegen ihrer oftmals
 beneidlichen, weil fundierten
 & richtungswendenden Beiträge
 (z.B. "Computerisierung", "Neuer
 Personalismus") als posi-
 tiv empfand, erteile ich dem
 Artikel "Gedanken zur Raketen-
 stationierung" auf S. 14
 -16 der AKTION 3-83 eine ein-
 deutige Absage. Die Anlage
 des Textes insgesamt sieht
 so aus, daß sich die Frage
 aufdrängt, was das Ganze eigent-
 lich soll: es handelt sich
 um etichpunktartige Darlegun-
 gen zur strategischen Ver-
 wendbarkeit einiger Waffen-
 gattungen der USA und SU, um
 ein paar Bemerkungen zu den
 "Genfer Verhandlungen", und
 ansonsten wird vornehmlich
 auf die SU und ihre Politik
 eingepörselt und zwar in
 wilden Schlägen. Dabei ent-
 hält der Artikel - und die
 Thematik hätte dies zwingend
 gemacht - nicht die geringste
 Aussage über: das Wesen des
 NATO-(Nach-)rüstungsbesch-
 lusses, die Aggressivität der

US-Militärstrategie, die Pläne des Imperialismus, und insbesondere wie diesen Widerstand entgegenzusetzen ist und in welchem Kontext: nämlich mit dem weltweiten Befreiungskampf der Völker. Es ist keinerlei Nutzen erkennbar, weshalb dieser Artikel kam, sicher nichtmal für die Politik der "AKTION" selber, denn was sollte sich damit politisch für sie (und den Leser) verbinden? Alle Pazif bleibt der Artikel - in der Tat nur ein paar "Gedanken" ... Sehr gefährliche, wie ich hinzufüge!

Gefährlich, weil eine realitätsferne, unendifferenzierte oder auch nur leichtsinnige Betrachtungsweise der SU, ihrer Politik + Gesellschaftsordnung ja nicht nur in unverantwortliche Gleichsetzung von Imperialismus u. realem Sozialismus einmündet u. damit der Diktion der herrschenden westlichen Eliten in deren Treiben gegen die Welt des Ostens nahekommt. deren Ab-

eichten u. Vorgehen "relativiert", sprich verhaselt und gar mithilfe, dem neuerlichen Überfall auf die Völker des Ostens und der EU den ideologischen Nährboden zu bereiten; sondern weil sich aus dem Verwechseln von Begriffen oder gar aus der Begriffsverwirrung heraus jede Einsicht in die Notwendigkeit ant imperialistischen Kampfes mit seinem Kontext: weltweiter Kampf gegen Imperialismus, Unterdrückung, Kriegstreiberi, Hunger & Ausbeutung erschließen muß, zumindest aber diesen Kampf eher lohnt statt ihn zu forcieren helfen.

Ausgehend von der Begriffsverwirrung wird die westdeutsche Linke somit automatisch auf dem bekannten Niveau blosser und noch dazu wechselseitiger Tageskämpfe stehenbleiben, was letztlich fortwährende Niederlage ist. Die Rede ist von demjenigen Imperialismus-Begriff, den eu/rer Autor:innen an den Tag legt: es handelt sich darum, alles das, was wir unter Computerisierung, Arbeitslosigkeit durch Automatisierung u. Verlagerung von Produktionsstätten in die "3. Welt", unter zunehmender Ausländerfeindlichkeit als aktuellem Ausdruck dumpfsten Rassismus im Zeichen der kapitalistischen Krise usw. erkennen, auf den gemeinsamen Nenner zu bringen. Dieser heißt Imperialismus. Kein geringerer als derselbe, in dem in der Vergangenheit zB. der deutsche Nationalfaschismus 1933-45 oder der Sozialfaschismus der reformistischen Arbeiterführer 1918-33 nur allzu begründet waren. Was Imperialismus ist, haben zB. Lenin oder Hilferding hinreichend definiert, und man braucht kein ML zu sein, um die Richtigkeit dieser Definition und vieler ihrer Voraussetzungen zu sehen: die höchste entwickelte Stufe des Kapitalismus, also der Monopolkapitalismus. Er bestimmt die Entscheidungen der Regierungen von USA bis W.-europa, weil er alles Leben in den hochindustrialisierten westlichen Metropolen ausmacht; die USA-Monopole sind hierbei nur die stärksten und nicht die einzigen. Wer nun von "Sowjet-Imperialismus" u.ä. redet, der hat den Ausgangsbegriff nicht verstanden, und auf dieser fehlerhaften Voraussetzung aufbauend, wird er den Ant imperialismus weder definieren können, noch restlos verstehen als Überlebensfrage der Menschheit in ihrem Kampf um Menschlichkeit. Geradezu abenteu erlich wird es aber, sich von der Ideologie der Bourgeoisie schon dermaßen infizieren

zu lassen, daß ihre "Imperialismus-Definition" ("expansive Machtstreben eines Landes") die sie wohlweislich zwecks Relativierung der Machenschaften ihrer diversen Protagonisten (vgl. das Aufkommen dieses Begriffes in England im 19. Jh.) erfunden hat, einfach übernommen. Was aus dieser "Übernahme" wird, sieht man ab, anhand des vorliegenden Artikels und seiner fehlenden Handlungsperspektive hinsichtlich Raketen und Imperialismus.

Stattdessen das beständige
Fechen auf die ach so schlimme
SU, ihre Militärmacht und all
ihre gesellschaftlichen Ver-
hältnisse, gepflastert mit All-
gemeinplätzen und ganz im Stile
rascher Aburteilung ohne jede
nähere Erklärung oder gar Di-
fferenzierung. Da ist vom
"Schrecken des Sozialismus"
die Rede, und - singend -
seine abschreckende Wirkung
müßte erst "beastigt" werden,
ehe wieder "Hoffnung auf den
Sozialismus" bilden könne; da
ist Rede von der "Klasse
der roten Zaren", die durch
sie verursachen "Unterdrück-
ung" und "miesen Arbeits-u.
Lebensbedingungen", und Stalin
wird im selben Atemzuge wie
Hitler genannt, ja ihm via
Pakt von 1939 schnell noch die
Mitschuld am II. Weltkrieg
zugeschrieben; schließlich der
Vergleich von Polen u. der
CSSR mit El Salvador u. Nica-
ragua - allesamt in einander
ähnlich mörderischer "Macht-
sphäre" beherrscht; und es
wundert schon nicht mehr,
wenn Autor/in darin gipfelt,
der SU quasi ihre Selbstauf-
lösung zu empfehlen, denn:
sie (die SU) "liefert... mit
ihrer bloßen Existenz... die
beste Legitimation für das
Kapital, die brutalsten Dik-
taturen im "freien Westen"
zu installieren...".

Wahrhaftig, wenn es ein Beispiel dafür geben kann, wie im Zuge der sogen. Friedensbewegung ein in weiten Teilen der Linken latenter Antikommunismus in zunehmend bösartige antisowjetische Töne umgeschlagen ist, dann ist es dieser Beitrag.

Um es einigermaßen kurz zu machen, denn ich möchte hier nicht die Geschichte der SU und ihre gesellschaftlichen Errungenheiten abhandeln: das Fazit aus der unseiglihen deutschen Geschichte u. ihren Erfahrungen kann nur heissen: niemals wieder gegen die Völker der SU und die Welt des Ostens! Das bedeutet auch, den kalten Kriegern von Washington bis Paris nicht auf den Leim zu gehen, sich nichtmal ansatzweise von ihnen irritieren lassen (siehe Kontröllpunkt Drezitz).

Es heist nicht, auf einen kri-
stlichen Standpunkt dort zu
versinken, wo er angebracht
u. notwendig ist - allerdings
in Relation zur Sache, die
mit wildem Hummelknag nichts
zu tun hat! Ebenso wenig
schließt das überausseige Symp-
thias für Kräfte von DKP
bis KPI und KPF mit ein, deren
ideologisch bedingtes Verbrü-
derung u. all ihr tak-
tisches Kalkül zur Folge hat,
daß ich ihren Beitrag in Kampf
gegen den Imperialismus sehr
müßig bis widersprüchlich u.
gar harmlos finde, und zwar
gerade in den Metropolen.

Was nun die SU u. ihre Verhältnisse betrafte, so bedarf es zu deren Einschätzung des Verständnisses der Geschichte, und das setzt Kenntnis voraus, aus purem Haß kann allerdings keine Kenntnis kommen. ("...denn...") d.T.1

Ihre Geschichte ist die Geschichte ständiger Interventionen seitens der imperialistischen Kreise des Westens (1917-20 fielen Deutschland, England, Frankreich, Polen u. zig andere, wobei die SU hier 1921-23 Hitler-Deutschland, und das kostete 20 Mio. sowjetischen Menschen das Leben!) und permanenten Interventionen des Westens (Reagan 1982: "Zentrum des Bösen...") ist zugleich die Geschichte des Imperialismus selbst. In genau dieser Zusammenhang muß Lenins "Neue Ökonomische Politik" (NEP) gesehen werden, ihre zwingende Notwendigkeit ("Aufbau des Sozialismus in einem Land"), und ihre Ergebnisse bestimmen die Verhältnisse in der SU heute. Man mag das nachträglich bedauern, aber damit hat sich schon erledigt. Außerdem hinterfragt: wo für ein solches Land Russland denn bis 1917, war es nicht das Erbe, rückwärtigste u. von einer brutalen autokratischen Klasse regierte Land Europas? War es denn so "verbrecherisch", wenn Stalin in konsequenter Weise z.B. die Bojaren (es waren die Kulaken d.Red.), die Klasse der ausbeuterischen russischen Großbauern, «in- für allemal dem gerechten Urteil der Geschichte überantwortet»? Und vor leistete den entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung des Faschismus 1941-45? Wer beendete die Herrschaft der Bourgeoisie mit ihren z.T. noch feudalen Strukturen in den übrigen Ländern Osteuropas nach 1945, und wer jagte die faschistischen Regime Ungarns oder Rumäniens zum Teufel? (Ja wenn denn nun? d.F.) Vor diesem Hintergrund des von den wirt-

gewordenen deutschen Imperialisten angestifteten Weltkriegs von Stalins Miturheber-schaft zu sprechen, finde ich nur noch bedauerlich; es ver-rät Unkenntnis über das Wesen imperialistischer Kriege ebenso wie über die Grenzen des russischen Reiches 1917 und Unkenntnis über den Cha-rakter u. die Funktion des von den Westmächten instal-lierten polnischen Staates bis 1939, der als direkter Außenposten des Imperialismus gegen die SU gedacht war. Über die "Unterdrückung" der Menschen im realen Sozialismus u. ihrer noch so schlim- men Lebensbedingungen mag sich der Autor/in nicht in der FAZ sondern im Zweifels-fall vorort informieren; vergänglich wird man im realen Sozialismus nach den 20 Mio. arbeitslosen Menschen aus- sehen, die die kapitalisti-sche Welt jüngst produzier-te; vergänglich nach den Hun- gernen, wie sie in den US- Großstädten zu finden sind; vergänglich nach den Millionen die Opfer der Spekulanten werden u. keinen oder einen nicht ausreichenden Wohnraum haben; vergänglich nach den Alten als die überflüssigen Subjekte für kapitalistischen Produktionsprozesse, die im

Fürsorgeheim unter dem Teil- entwürdigenden Bedingungen vegetieren; vergänglich nach ausländischen Arbeitseimi- granten, Menschen anderer Hautfarbe u. Religion, die allemal für Fußstapfen gut sind; und allerdings vergäng- lich nach Ausbeutern jeder Couleur, nach Hochadligen und Thyasens und Krupps - nach denen, die den Menschen Jahrhundertelang ihren Stempel aufdrückten!

Soll alldies denn nicht als wenigstens ein Schritt der Menschheit nach V o r n e angesehen werden, bei allen Mängeln, die der reale Sozialismus von der SU bis zur VR China sicherlich auch hat? Ist es denn ein Schritt zurück oder zur Seite (in der Menschheitsgeschichte), wenn heute ein Drittel der Mensch- heit eben nicht mehr unter dem Kapitalismus leben müssen? Was nun z.B. Nicaragua be- trifft, so kann ich nur rat- en, die Menschen dort selb- er zu befragen, wie sie die Hilfe der RGV-Staaten sehen, was sie von proletarischen Internationalismus halten, und wie sie insbesondere zur SU stehen...! Desglei- chen die Völker Vietnams, Angolas oder Mozambiques,

die Befreiungsbewegungen vom ANC bis zur FARC und viele mehr, liebe/r Autor (ich spare mir das/in - der "Kater" war männlichen Geschlechts d.T.)! Sicher, es gibt Gegenbei- spiele, ich denke an Ziri- tres oder an die Rolle von Syriens Assad im palästinensi- schen Befreiungskampf; Beispiele, die ich kritisi- ere, aber die letztlich nur beweisen, daß der SU Grenzen gesetzt sind angesichts ihrer Konfrontation mit dem Imper- ialismus. Ich vermag also sehr wohl zu differenzieren, und ich hoffe, es ist mir ge- lungen dies hinlänglich klar zu machen.

Umso mehr, als ich wenigstens einen Punkt des Beitrags nur allzu recht geben kann: der sagt, "Frieden" sei "ein Zu- stand der nicht erreichbar ist...". In der Tat gibt es keinen Frieden, solange der Imper- ialismus regiert! Keinen mit dem Imperialismus und keinen im Imperialismus; Grabesstille verteidigt man nicht, da hat der Autor di- rekt mal richtig geraten.

Viele Grüße
Klaus-Dieter Hewicker

Lenin definierten typischen Merkmal des Imperialismus nicht erfüllt hatte. Und zwar die Suche nach Gebieten für den Kapitalexport, während das typi- sche Merkmal des Frühkapitalis- mus die Suche nach Märkten war. Aber mit dieser Bezeichnung hatten sie Recht. Denn im Zu- sammenhang der Weltwirtschaft und angesichts der zwischen Rußland und den hochentwickel- ten Ländern herrschenden Be- ziehungen - und beides gehört zu den Definitionskriterien - war das zaristische Rußland imperialistisch im Leninischen Sinne.



Was das zweite Merkmal betrifft, so erreicht die Verschmelzung von Bank- und Industriekapital die höchste Stufe, wenn der Staat Industrie- und Bankkapi- talist zugleich ist, wie dies in der SU der Fall ist.

Was das vierte Merkmal angeht, so zwingt die wachsende Kon- kurrenz zwischen den imperia- listischen Mächten den Staat, in diesem Falle die SU, den anderen internationalen kapi- talistischen Monopolen zu vor- zuziehen oder die eigene Mo- nopolstellung zu festigen bzw. auszubauen. Ganz offensicht-

dieses, aufgrund seiner ökonomi- schen Monopolstellung die wirtschaftliche Entwicklung dieser Gebiete zu seinem Gun- sten voranzutreiben. Um die fortgeschrittenen westlichen Mächte "einzuholen" hat die russische Bürokratie eine imper- ialistische Politik betrieb- en und betreibt sie auch heu- te noch.

Warum, so mag mancher immer noch fragen. Weil die relative Rückständigkeit Rußlands es unerlässlich macht, in den Ländern der unterdrückten Na- tionen Industrien aufzubauen und - als Kehrseite der Medail- le - Kapital zu rauben, vor- immer das möglich ist. Darüber- hinaus wurde nicht nur aufge- baut, sondern auch abgebaut und Fabriken nach Rußland über- führt. Der Staatskapitalismus zeichnet sich daher durch ein Merkmal aus, das für die Pe- riode der ursprünglichen Akku- mulation des Kapitals charak- teristisch war: die Ununter- scheidbarkeit zwischen Handel und Raub. Raub von Kapital, Produktionsmitteln und Produk- ten an denen nicht wenig Blut klebt.

DAS SCHEUKLAPPEN- SYNDROM.

LAW AND KRAUT - WHOPPER
ODER
PROKTATUR DES DILETARIATS?

Wir haben den vorangegangenen Leserbrief von K. -D. Hewicker ver- öffentlicht, weil die hier vertretenen Auffassungen leider nicht nur die private Meinung eines Einzelnen sind, sondern ein religiöses Dogma, daß sich in verachtenden Kreisen des linken Milieus großer Belieb- tigkeit erfreut. Deswegen nehmen wir diesen Brief als willkommenen Anlaß, um unsere Ansichten zur "sozialistischen" Realität deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Übrigens: wir möchten die unentwegten Arschkriecher der post-and neo-stalinistischen Regime unmißverständlich darauf hinweisen, daß sich für uns die abgegriffene Frage "stehst Du auf Seiten der Prok- tatur des Diletariums?" oder auf der "Law and Kraut-Whopper" Seite, gar nicht stellt. Wer also nach "kleineren Übeln" sucht, soll das ohne uns machen.

Unsere folgenden Antworten haben wir auf die wesentlichen Punkte beschränkt:

- 1) Sein Vorwurf, wir würden unter Begriffsverwirrung leiden (Impe- rialismus), wären realitätsfern und würden dem Kapitalismus Vorschub leisten,
- 2) wir hätten keine Kenntnis über die östliche Realität und
- 3) die Entwicklung Osteuropas wäre ein Schritt der Menschheit nach vorne.

HEIMTATTVORWILLEN ??

ODER WIE SELBST NACH LENINSCHEN BEGRIFFEN DIE SU ALS IMPERIA- LISTISCH KLASSIFIZIERT WERDEN KANN!

Es ist überhaupt nicht notwen- dig bürgerliche Theoretiker u. Netzer zu bemühen um den Be- griff des Imperialismus zu ver- stehen und ihm auch auf die SU anzuwenden (Voraussetzung ist, man will verstehen).

Wir gehen davon aus, daß es in der SU nicht Sozialismus son- dern Staatskapitalismus gibt.

Schon das zaristische Rußland wurde von Lenin u.a. Marxisten als imperialistisch bezeichnet, obwohl es scheinbar den von

Zur Auffrischung und der fol- genden Ausführungen wegen, nun die 5 grundlegenden Merk- male des Lenin'schen Imperia- lismusbegriffs:

1. Konzentration der Produk- tion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungs- stufe erreicht hat, daß die Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die ent- scheidende Rolle spielen;
2. Verschmelzung des Bankka- pitals mit dem Industrie- kapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses "Finanz- kapitals";
3. der Kapitalexport, im Unter- schied zum Warenexport, gewinnt besondere wichti- ge Bedeutung;
4. es bilden sich internatio- nale monopolistische Kapi- talverbände, die die Welt unter sich teilen, und
5. die territoriale Auftei- lung der Erde unter die kapitalistischen Großmäch- te ist beendet.

(W.I.L. "Der Imperialismus als höchstes Stadium ...", S. 94/95)

Nun zum "Realsozialismus": Das erste Merkmal trifft für den Staatskapitalismus sicher- lich zu, einfach deswegen, weil er aus einem einzigen allgemeinen staatlichen Mono- pol besteht.

lich ist es fast ausgeschlos- sen, daß ein internationales kapitalistisches Monopol in eine staatskapitalistische Wirtschaft eindringen kann - es sei denn die dort herrschen- de Bürokratie ließe es zu.

Das dritte und das fünfte Merkmal, also die Bedeutung des Kapitaleports und der territorialen Aufteilung der Erde für den russischen Staatskapitalismus fallen hier etwas länger aus. Die Privilegien der russischen Staats- und Parteibürokratie sind wie die der Bourgeoisie an den unaufrichtigen Gebunden. Der russische Staatska- pitalismus unterscheidet sich allerdings von westlichen Kapi- talismus darin (natürlich nicht nur darin), daß er kei- neswegs an Kapital"überschuß" leidet. Hinzu kommt, daß seine Profite nicht durch Löhnerhö- hungen bedroht sind. Da in Ruß- land alle Produktionsmittel dem Staat gehören, stellt sich die industrielle Entwicklung der von Rußland einverleibten Gebiete und Länder als direk- ter Bestandteil der industriellen Entwicklung Rußlands selbst dar. Die Einverleibung der Ukraine, des Kaukasus, Bul- gariens usw. durch den stali- nistischen Staat ermöglichte



Nicht nur die ökonomische Rückständigkeit ist es was Rußland zur Expansion trieb, sondern ebenso der Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften. Der Kapitalexport stellt in den westlichen kapitalistischen Staaten eine Reaktion auf Einflüsse (Lohnsteigerung etc.) dar, die die angestrebte Profitrate gefährden. Das Kapital wird natürlich in Gebiete gelenkt, in denen profitablere Möglichkeiten der Kapitalverwertung angetroffen werden. In Europa gibt es kaum eine billigere Arbeitskraft, als die des russischen Arbeiters, besonders des Sklavenarbeiters (siehe hierzu AKTION 5/83). Annexion neuer Gebiete wurden und werden folglich nicht nur

von Bedürfnis nach billigen Arbeitskräften, sondern vielmehr vom Bedürfnis nach zusätzlichen Arbeitskräften diktiert. Obwohl die Pro-Kopf-Kapitalausstattung in Rußland sehr niedrig ist, leidet Rußland noch immer unter Arbeitskräftemangel. Dadurch kommt ein Teufelskreis in Gang: der Kapitalmangel führt zur Verschiebung von Arbeitskraft, was umgekehrt wieder die Akkumulation von Kapital in ausreichenden Mengen erschwert usw. Das Einströmen der 100-Mio. Bevölkerung Osteuropas vor den russischen Karren stellt deshalb ein wichtiges Motiv für die Expansion des russischen Imperialismus dar und das Gegenstück zum Kap-

tallexport hochentwickelter kapitalistischer Länder (natürlich sollen hierbei die militär-strategischen Überlegungen Rußlands nicht vergessen werden). Abschließend sei nur noch hingewiesen auf Russifizierung besetzter, bzw. "befreundeter" Länder, Verschleppung von Nationen (Tataren, Volga-Deutschen u.a.), zentralistische ökonomisch/politische Einbindung der COMECON-Mitglieds-länder, die zu nichts anderem dient, als zum Aufbau von Außenhandelsbeziehungen unter der Kontrolle und im Interesse der SU. Also alles andere als Partnerschaft - vielmehr nichts anderes als banale Ausbeutung.

2

Da K.D.N. uns (auch) rät, sich nicht in der FAZ, sondern vor Ort zu informieren, beschreiben wir für all diejenigen die nicht das Vermögen hatten in Osteuropa - vor Ort - zu leben, oder sich dort unmittelbar selbst zu informieren, die wichtigsten der angesprochenen Punkte. Auf eine theoretisch-ideologische Auseinandersetzung verzichten wir lieber, da das alltägliche Leben selbst eine deutliche Sprache spricht.

"... vergeblich wird man .. nach den 20 Mio. Arbeitslosen.. suchen"

Das ist eine saubere Feststellung, eines wirklichen Freundes der Zwangsarbeit würdig. Denn Arbeitslos darf es ja im Realsozialismus nicht geben. Warum nicht? Weil allgemeine ZWANGSARBEIT Arbeitslosigkeit ausschließt. Das ist also Sozialismus. Ja, sollen wir denn die Versuche in der BRD besondere Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger (u.a. diese Ausgabe) einzuführen als Schritt zum Sozialismus mit frenetischem Beifall quittieren, häh? In allen osteuropäischen Cafés, welcher Kategorie sie auch immer angehören mögen, gibt es eine oder mehrere Toiletten-Garderobefrauen. Aus Gründen der Banzipation sind bei diesen Beschäftigten gar ab und zu auch Männer anzutreffen. Der Lohn den diese bedauerns-



werten Nichtarbeitslosen erhalten liegt zwar unter dem Existenzminimum, aber immerhin lungern diese Leute nicht auf den Arbeits- oder Sozialämtern herum. Weitere Gründe, daß das Problem der Massenarbeitslosigkeit in Osteuropa noch nicht in dieser Form auftritt, sind z.B. in der weit aus geringeren Produktivität zu suchen. Die geringere Ausnutzung des Arbeitskräftepotentials ist allerdings nicht die Errungenschaft des Systems, sondern der Arbeiter gegen das System. Wenn es schon Pflicht ist, am Arbeitsplatz zu erscheinen, versuchen die Arbeiter natürlich, sich dort so gut es geht einzurichten, z.B. langsam zu arbeiten (siehe "Proktatur des Dilettanten"). Ein weiterer Grund dafür, daß es nur einige unentwegte Arbeitslose gibt, ist in der permanenten Bedrohung mit Knast begründet, der all diejenigen ausgesetzt sind, die sich dem staatlich

vorordneten Arbeitszwang zu entziehen suchen. Viele Menschen sind bereit, notfalls in den entlegensten Gegenden eine Stelle anzunehmen. Wenn man nämlich bei den häufigen, auf den Straßen vorgenommenen Ausweiskontrollen keinerlei Arbeitsnachweis-Stempel im Personalausweis hat, muß man sich innerhalb einer bestimmten Frist bei den lokalen Behörden melden. Dort bekommt man einige Stellen angeboten, von denen man natürlich eine annimmt, denn sonst gilt: Dauer der Arbeitslosigkeit x 2 = Haftdauer. Das der Begriff Arbeitslosengeld ein Fremdwort ist, versteht sich von selbst.

"Vergeblich wird man nach den Hungernden suchen..."



Wie sagt schon Radio Eriwan: "Im Prinzip ja, aber..." Erinnern wir uns doch an Polen 1979, als die Arbeiter Transparenze aufhängten wie "Wir wollen Brot für unsere Arbeit". Sie bekamen nicht einmal die Rationen, die ihnen auf Lebensmittelkarten zustanden. 10 Mio. organisierten sich als Solidarność, bis sie vom Staat aufgelöst wurden (s. Aktion 1/83) u.a. zur Versorgungslage in Polen "Arbeit macht frei". Ist es nicht ein wenig mickrig, nach (angeblich) über 60-jähriger "Herrschaft der Arbeiter und Bauern" es als glänzenden Erfolg anzupreisen, daß heute niemand mehr verhungert. Nicht zu verhungern, das ist doch wohl das absolut mindeste.

"Vergeblich wird man nach den Opfern von Spekulanten suchen und nach unzureichendem Wohnraum..."

In diesem Punkt müssen wir K.D.N. allerdings recht geben. Selbst ein aufwaksamer Beobachter trifft auf keine Opfer von Spekulanten aus dem Frankfurter Westend. Allerdings schreiben kluge Eltern ihre neugeborenen Kinder sofort in die Wohnungswartelisten ein, damit diese nach ihrer Ausbildung vielleicht eine Wohnung bekommen. Durch den Wohnungsmangel ist ein riesiger Schwarzmarkt entstanden, auf dem sich jeder, der über genügend Geld verfügt, einen Berechtigungsschein kaufen kann. Die Mehrzahl der Menschen kann dies natürlich nicht, und so ist es keine Seltenheit, daß sich in den realsozialistischen Wohnklo-

drei Generationen einer Familie (Großeltern, Eltern und die schon oft erwachsenen Kinder) eine Zwei- oder Dreizimmerwohnung teilen müssen. (Auf dem Land ist die Situation besser). Trotz der Überfüllungen des Plansolls sind die Stätten der Wohnhaft überfüllt. Auf eine Zuweisung von Wohnraum, in einer der 10stökigen Betonbaracken, den einstürmenden Neubauten des Realsozialismus, wird im allgemeinen über ein Jahrzehnt gewartet. Trotz Krisenerscheinungen ermöglichen die elichen Vaterländer der Werktätigen ihren Proletariern den Spaß, sich über viele Jahre hinweg in "Hotels" aufzuhalten. Nicht selten wohnen verheiratete "proletarische Diktatoren" in sog. "Arbeiterhotels", in einer 20qm Zelle, also mit Toilette und Dusche auf dem Gang.

Durch den drückenden Wohnungsmangel, aber sicherlich nicht nur deswegen, erscheint die Vorstellung in einer freiwillig eingegangenen Wohngemeinschaft oder all. als unverheiratetes Paar in einer Mehrzimmerswohnung zu leben, für einen Osteuropäer reichlich abenteuerlich. Faktisch ist dies auch kaum möglich, da die Wohnungsausstattung direkt von der Eheschließung abhängig gemacht wird. Viele Leute müssen einfach heiraten, auch wenn sie es gar nicht wollen, nur um aus dem Elternhaus wegzukommen oder mit Freund/in zusammenleben zu können. Natürlich laßt sich mit gewissen Geldmengen allerhand regeln...

"Die Alten sind keine überflüssigen Subjekte, die abgeschoben werden"

Tatsächlich werden die alten Menschen dort nicht abgeschoben, WENN SIE NOCH EINEN NUTZEN BRINGEN. Sie "dürfen" dann bei der Familie bleiben... um durch Schlinge stehen vor den Läden, durch Kinderhütten usw. auszuheilen. Die anderen Alten kommen, wie hier zu Lande in die Altersheime, die so gemütlich sind, wie die "sozialistischen" AKW's sicher sind. Übrigens ist es keine Seltenheit, daß die Alten noch arbeiten gehen müssen, um ihre kleine, nicht ausreichende Rente aufzubessern (Putzen, als Pförtner/in etc.). In das Leben einbezogen sind sie jedoch auch nicht, sie werden allenfalls "unterhalten", während sie auf den Tod warten. Wer bemerkt hier einen Unterschied zwischen Ost und West?

Fortsetzung auf S. 13





Der Stalinkult, mit dem bereits Ende der 30er Jahre begonnen wurde, erreichte 1949 einen einsamen Höhepunkt. Der "Herr der Welt", wie Stalin schon am 26. Mai 1935 in der "Prawda" genannt wurde, feierte seinen 70. Geburtstag. In Moskau fand eine pompöse Geburtstagsfeier statt, auf der neben zahlreichen Anbetern der Götze persönlich anwesend war. Über dem Podium hing natürlich ein riesengroßes Stalinporträt. Solche "Feierlichkeiten" fanden ebenso in sämtlichen anderen Städten der UdSSR sowie in "befreundeten" Staaten statt. Zu Ehren Stalins stellten die Stachanowleute neue Produktionsrekorde auf. Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR publizierte eine Schrift mit dem bescheidenden Titel: "Stalin, Koryphäe der Wissenschaft". Darin war eine Vielzahl von Artikeln über die bahnbrechende Rolle Stalins auf den Gebieten der Ökonomie, Landwirtschaft, Metallurgie, Luftfahrt, Literatur usw. enthalten. Das Titelbild der Jubiläumsausgabe der sowjetischen Wochenschrift "Ogoniok" (Zeitschrift für Schulkinder, "Feuerschein", Ann. d. Red.) zeigte vor dem Hintergrund des Kremels und einer Menschenmenge auf dem Roten Platz einen am Abendhimmel stahlenden Stern, in dessen Zentrum das glorievolle Antlitz Stalins zu sehen war. Der letzte Höhepunkt des Stalinkults wurde, begleitet von einer Unmenge von Trauerreden, anlässlich seines Todes am 5. März 1953 erreicht. In Polen begann die offizielle Stalinverehrung im Jahre 1949. Die Zeitungen brachten laufend Stalinbilder sowie lobhudele Gedichte und Artikel. Die Welle der götzenhaften Anbetung blieb in Polen, durch die Umbenennung der Stadt Katowice (Katowitz) in Stalingrad, unvergessen. Nach dem Tod des Götzen schwächte sich der Stalinkult rasch ab und endete in Polen 1955.

Im folgendem veröffentlichen wir eine Auswahl der schönsten Bezeichnungen J. W. Stalins aus Presse- und Buchpublikationen der VR Polen aus den Jahren 1949-53, da sie gut das Klima jener Zeit wiedergeben und außerdem ganz lustig zu lesen sind.

Aktiver Kämpfer für Frieden, Architekt der Revolution, naher und geliebter Freund jedes Arbeiters, Held, Bruder der arbeitenden Massen der ganzen Welt, Bannerträger des Friedenslagers, Mensch, dessen strahlender Genius den Weg zum Kommunismus erleuchtet, guter Lehrer der Menschheit, Stolz unserer Epoche, genialer Nachfolger Lenins, genialer Maschinist der Lokomotive der Revolution, genialer Sohn des arbeitenden Volkes, genialer Geist, Genius der Epoche, Genius des Vaterlandes, Genius des Verstandes, Genius der Strategie, Genius der Welt, Leiter des sowjetischen Staates, konsequenter Schüler Lenins, Lenin der heutigen Tage, Weisheit und Kraft unserer Epoche, weiser Ingenieur der menschlichen Sehnsucht, Gigant, Meister des Wortes, geliebtester Mensch der Welt, allertüchtigster Vater, allergrößter Mensch unserer Epoche, allergrößter Genius der Menschheit, Größter der Humanisten, welche die Welt je gesehen hat, Größter der Menschen, unsere Inspiration, Verteidiger der Reinheit der Partei, Vater der sowjetischen Luftfahrt, Vater aller Arbeiterfamilien auf der ganzen Welt, Vernichter des Trozismus, Ritter der Arbeit, Gewissen der Menschheit, Banner des Kampfes für Frieden und Demokratie, Schöpfer der sowjetischen Landwirtschaft, Titan des Gedankens und der Tat, großer Ingenieur unserer Zukunft, großer Arzt der menschlichen Seelen, großer Freund der Frauen, großer Steuermann, großer Gelehrter, Befehlshaber und Soldat, Vorbild für jeden, Quelle der Inspiration, unsterblicher Stalin.

Diese Erstübersetzung aus dem polnischen, veröffentlichen wir ohne Wissen des Autors, aus der polnischen Zeitschrift "Nowa Gazeta Mazowiecka" Nr. 5

Fortsetzung von S. 11

"Es gibt keine Arbeits-
emigranten bzw. Men-
schen anderer Hautfarbe
und Religion die allen-
falls für Fußtritte gut
sind ..."

Diese Behauptung ist gewissermaßen der Gipfel der Unverschämtheit - während uns empfohlen wird, vor Ort Informationen zu sammeln, verfaßt K.D.H. (und nicht nur er) einen von Ahnungslosigkeit strotzenden Schwachsinn. Natürlich hat er noch nie die vietnamesischen, koreanischen oder afrikanischen Arbeitskolonnen in den osteuropäischen Ländern, in separaten Ghettos untergebracht, gesehen - allerdings nicht weil es sie nicht gibt, sondern weil er nie dort war! In der CSDA z.B. gibt es Vietnamesen, die den deutschen Judenwitzen in Verbreitung und Brutalität in nichts nachstehen. Der kleinste Anlaß den die Vietnamesen, Afrikaner o.ä. bieten, macht sie "allemaal für Fußtritte gut". Natürlich sind auch dort die öffentlichen Stellen gegen die Ausländerfeindlichkeit, ihr Handeln ist aber wie in der BRD: Duldung des rassistischen Alltags. Die offiziellen Veranstaltungen zu "Völkerverständigung" und "Internationalismus" sind angesichts der Realität hohle Sprüche. Wer dieser Propaganda Glauben schenkt, der

soll sich selbst einmal ansehen, was passiert, wenn ein schwarzer- oder asiatischer Arbeitsmigrant eine WEISSE Freundin hat...oder wenn er glaubt z.B. in eine normale tschechische Kneipe gehen zu können....

Auch als Feinde jeder Religion haben wir etwas dagegen, wenn Menschen ihrer Religion wegen schikaniert, verhaftet, Übernacht, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren, in Arbeitslager gesperrt und von "Unbekannten" auf offener Straße blutig geschlagen werden, obwohl die Ausübung der Religion auch dort ein Verfassungsrecht ist. Aber außer in Polen ist das Geschilderte sozialistische Realität.

3

Nicht genug damit, dies
alles soll auch noch
ein Schritt der Mensch-
heit nach vorne sein ?

Wenn man, wie K.D.H., das zaristische Rußland mit dem heutigen realsozialistischen Rußland vergleicht, könnte man auf diese Idee kommen. Zu bedenken ist allerdings, daß die meisten Lebensverbesserungen für die Menschen nicht das Resultat des "Sozialismus" sind, sondern der industriellen Entwicklung; und daß sie in den "sozialistischen" - wie auch in den westlichen kapitalistischen Ländern gleichermaßen gegen

den Staat und die Herrschenden erkämpft werden müßten (müssen).

Es ist ebenso lächerlich zu behaupten, daß Lenin der RU die Elektrifizierung- und Stalin die Luftfahrt beschert hätte, wie zu unterstellen, daß es ohne die Nachbargreifung der Kommunistischen Partei noch immer die Leibeigenschaft oder die Herrschaft der Kulaken (nicht Bojaren) geben würde. (Wie disse K.D.H. macht.)

Nach unseren Antworten auf die verschiedenen Behauptungen, wie auch nach der Erklärung, daß nicht die Frage WER HERRSCHT, sondern die Frage, WEM JEMAND BEHERRSCHT, von Bedeutung ist, dürfte klar sein, warum wir die Entwicklung in Osteuropa als eine Variante des Kapitalismus - als Staatskapitalismus - ansehen. Dies ist kein Schritt nach vorne, höchstens einer zur Seite. Es ist klar, daß in den osteuropäischen Staaten sämtliche "demokratische Freiheiten" von den Machthabern weitaus rigorosier unterdrückt werden, als das in den sog. bürgerlich demokratischen Staaten Europas der Fall ist. (Wir reden hier z.B. nicht von der, durch die BRD ausgehaltene Folterdiktatur in der Türkei...)

"Wir werden erst dann
frei sein, wenn der
letzte Bürokrat mit den
Gedärmen des letzten
Kapitalisten erhängt
worden ist!"



Ein paar Seiten Papier flatterten uns mit der Post zu. Auch wenn wir wollten, könnten wir auch dieses Papierchen nicht vorenthalten. Es ist ersichtlich an manchen Stellen zeitlich überholt, aber wir haben alles absichtlich in Originalfassung belassen (außer ein paar schönen gr. Fehlern).

Die Redaktion bekennt sich zum Vorspann.

Meinungen von euch sind dazu ausdrücklich erwünscht und die Redaktion wird sich auch zu einer oder anderen Sache aus dem Papier äußern.

DIE RATTEN KRIECHEN AUS DEN LÖCHERN RAUS.

Der Kampf um Frieden und die Schaffung menschengerechter, somit auch unkriglerischer Zustände war für uns Anarchisten schon immer ein wesentlicher Bestandteil unseres Kampfes. Doch wie bringen wir uns in die anstehenden Auseinandersetzungen im Herbst ein? Um diese Frage zu beantworten, bedarf es einer Analyse der verschiedenen Gruppierungen, Parteien etc., die alle mehr oder weniger im "Heißen Herbst" mitmachen werden.

Es stellt sich die Frage, was die in der Friedensbewegung (FB) integrierten Gruppierungen (DKP, Kirchen, große Teile des DGB und der SPD, BUND, BBU für eine Rolle spielen bzw. was sie mit ihrem Engagement in der FB bezwecken.

Alle sind sie gegen die Stationierung! Oder?

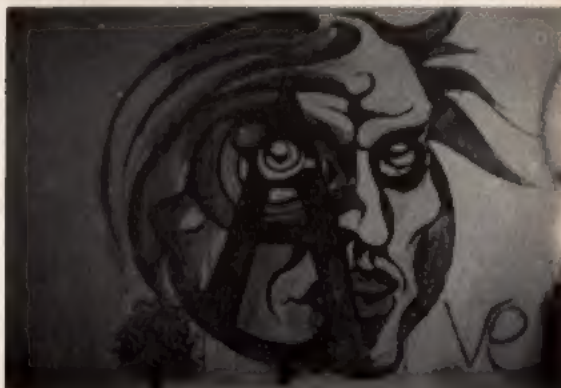
Tatsache ist, daß gewisse Leute die Fäden in der Hand halten um den Widerstand zu lenken und um sich zu profilieren.

So z.B. die SPD.

Seit den Wahlen im März 83 konnte man einmal mehr beobachten, wie schön opportunistisch sich die Parteien in diesem System zeigen. Die SPD-Mitschuld am Nato-Doppelbeschuß, zeigt sich nach der 360 Grad Wende in Bonn nun "unwahrscheinlich fortschrittlich". So meint ein Egon Bahr, daß die SPD von Eppler bis Schmidt einzig sei, die Stationierung nun nicht mehr hinzunehmen und das mit der echt einleuchtenden Argumentation, ein angeblicher Wandel der Verhandlungsbereitschaft der USA habe die jetzige Einstellung großer Teile der SPD zur Folge. So ist eine begrenzte Zusammenarbeit mit der FB nun möglich, natürlich nur dann, wenn Gruppen, die die Gewaltfreiheit und Friedfertigkeit

keit nicht so ernst nehmen aus der Bewegung ausgegrenzt werden. Die FB akzeptiert bzw. übernimmt diese Forderung, da ein Zugpferd wie die SPD und nicht zu vergessen den DGB ein Ausbreiten der Bewegung garantiert. Und geschickt wie die SPD nun mal ist, springen da bestimmt wieder viele Wählerstimmen und verlorengegangene Sympathien heraus.

besten noch in der Frühstücks-pause). So ernst nimmt es der DGB mit dem Frieden. Und damit es ja nicht so aussieht als könne man den DGB nun in die linke Ecke stellen, spricht sich ein Steinkühler (IGM) dafür aus, bei der Volksversammlung in Stuttgart keine Vertreter aus der autonomen DDR-FB sprechen zu lassen, um die FB nicht der Gefahr auszu-



Und der DGB.

Schon immer auf die Basis bedacht, darf nun um Gotteswillen die Fäden nicht aus der Hand verlieren und zieht mit bzw. stellt sich mit an die Spitze der FB wie so viele. Sollen nun jedoch konkrete Sachen folgen, wird auch hier klar, daß die Bereitschaft zum Widerstand keine Taten folgen läßt. Z.B. ein Generalstreik zur Unterstützung der Herbstaktionen. Lediglich ein 5-min. Streik ist im Gespräch (as

setzen als kommunistisch unterwandert zu gelten. Das nennen wir Logik und die DKP freut sich.

Zur DKP
gäbe es da auch einiges. Sie ist der Mitbegründer der FB (Krefelder Appell), wohl mit dem Ziel der SU einen Gefallen zu tun, indem sie die Anarchisten verurteilt und bekämpft aber die SU-Raketen, ohne mit der Wimper zu zucken, bejaht und die SU-Politik hier propa-

giert. Und um ihren Willen immer wieder durchzusetzen, werden bei Abstimmungen auf den Regionaltreffen der FB die DKPler buweise angekartet, um dann ganz demokratisch ihre Vorstellungen durchzubringen.

Der BBU und die Kirchen spielen sich ebenfalls auf und verhandeln im Namen der FB mit den Bullen...

Zu unseren antiimperialistischen Freunden (AIs)
Nebendran stehen die AIs. Sie zeichnen ein doch sehr einseitiger Imperialismusbegriff aus. Sicherlich ist es ja richtig, daß der US-Imperialismus bei uns einen wichtigen Dreh- und Angelpunkt besitzt (Nordenham/Bremerhaven Nachschub, Air-Base Ffm für Schnelle Eingreiftruppen in die 3. Welt...). Damit ist er augenscheinlich greifbarer und automatisch auch angreifbarer. Trotzdem existiert auch der SU-Imperialismus, den man nicht deshalb außer acht lassen kann, weil er ja doch Befreiungsbewegungen in der 3. Welt unterstützt. Da die Aussage, die SU unterstütze Befreiungsbewegungen in der 3. Welt, ein Hauptpunkt für die AIs darstellt, die SU nicht öffentlich zu bekämpfen, müssen wir Anarchisten dieser Unterstützung einmal genauer auf den Grund gehen.

Zunächst Gedanken von Außenminister Gromyko 1971:

"Die SU ist ein natürlicher Verbündeter der 3. Welt im Kampf für Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt. In diesem Kampf kann ein Fortschritt nur durch ein Zusammenwirken der drei Hauptströme unserer Zeit erreicht werden. Das sozialistische Weltssystem, die internationale Arbeiterklasse und die nationale Befreiungsbewegung, wobei das sozialistische Weltssystem die entscheidende Kraft im antiimperialistischen Kampf ist. Ohne Anerkennung dieser Tatsache und ohne Unterordnung unter die führende Kraft des Sozialismus (sprich SU) könne weder die internationale Arbeiterbewegung noch die nationale Befreiungsbewegung einen erfolgreichen Kampf für nationale und soziale Befreiung führen."

Dies bedeutet für die Befreiungsbewegungen in der Praxis, die sich nicht der führenden Kraft des Soz. unterordnen, keine Unterstützung durch die SU und ggf. sogar Bekämpfung von Bewegungen.

Hierzu einige Beispiele:

Angola: Die marxistisch orientierte MPLA wurde nicht immer von der SU unterstützt. An-

fange bestand die Unterstützung aus Vergabe von Stipendien und Lieferung veralteten Kriegsgüter aus dem 2. WK. Die Unterstützung wurde eingestellt, als die MPLA 68 den Einmarsch in die GSSR kritisierte. Erst die sich ausbildenden Auseinandersetzungen zwischen MPLA, UNITA und FNLA brachte die SU aus strategischen Gründen dazu ab 73 großzügige Waffenlieferungen an die MPLA durchzuführen.



Zimbabwe: Die SU unterstützte hier mehr die ZAPU und stand der ZANU schon immer skeptisch und zurückhaltend gegenüber. Diese Zurückhaltung gilt auch heute noch dem von der ZANU regierten Zimbabwe, da sie sich auf ihre eigenen Kräfte stützt und nicht daran denkt die Beziehungen zu China zugunsten der SU zu opfern.

Süd-Ostasien: Hier werden kommunistische Parteien (z.B. Thailand) von der SU bekämpft, weil sie sich im Vietnamisch-Kampucheanischen Konflikt gegen Vietnam und die SU gestellt haben.

Eritrea: Im Kampf gegen das Feudalregime Haile Selassie wurde die eritreische Bewegung unterstützt. Heute, da eine sowjetfreundliche Regierung an der Macht ist, wird sie, da separatistisch und konterrevolutionär, mit Hilfe von Kuba bekämpft.

Neben Befreiungsbewegungen mit Hilfe der SU ihr Ziel erreicht, beginnt ihre Ausbeutung durch die "führende Kraft des Sozialismus", die sich nicht wesentlich von der der kapitalistischen Länder unterscheidet.

Die Entwicklungsländer liefern Rohstoffe, die SU Produktionsmittel. Die SU profitiert bewusst von den Mechanismen des Weltmarktes, die sich zu Ungunsten der 3. Welt auswirken und ist somit genauso verheerend wie die kapitalistischen Staaten. Da wir Anarchisten gegen jegliche Form von Ausbeutung kämpfen, ist für uns klar, daß ein SU-Imperialismus als Feind anzusehen ist.

Zu einer Analyse des "Heißen Herbst" gehört nicht nur die Betrachtung theoretischer Ansätze der verschiedenen Gruppen sondern auch deren Aktionsformen: Massendemos, gewaltfreie Aktionen und Blockaden, Fasten etc. Für den Frieden sind das Spektrum der zu erwartenden Aktionen im Herbst. Wenn sich nun aber bekanntermaßen über 70% der bundesdeutschen Bevölkerung gegen die Stationierung ausspricht und dies an den Plänen der Regierung nicht geändert hat, dann sind auch noch so große Volkversammlungen auf diese Leute wirkungslos und somit ineffektiv. Zur Befriedigung eines darüber hinausgehenden Tatendrangs bieten die Führer der FB noch gewaltfreie Blockaden an, die eh nur symbolischen Charakter haben können (mit Ausnahme Bremerhaven/Nordenham und Ramstein). Was kann aber angesichts eines menschenverachtenden Gewaltsystems Gewaltfreiheit und symbolische Aktionen noch ausrichten?

Warum wird eigentlich auf das Dogma Gewaltfreiheit beharrt? Mindestens in jedem 2. Satz taucht das Wort gewaltfrei auf, wenn ein Führer der FB das Bogen hat. Vielleicht verbirgt sich hinter diesem schwachsinnigen Dogma der Wunsch, mit den Aktionen der FB im Herbst zuzusagen nicht kriminalisierbar zu sein. Man will zwar dem Staat sagen, daß er doch bitte eine Stationierung nicht zulassen solle, aber man will nicht riskieren Opfer staatlicher Repression zu werden, obwohl dieser Staat überall Repression ausübt und die direkte Kriminalisierung schon in der FB Fuß gefaßt hat, denn der Staat bestimmt was ungesetzlich und was Gewalt ist.

In diesem Zusammenhang sind auch die sogenannten Deskalationsgespräche einiger selbsternannter Führer zu sehen.

Während der Kampf um die Spitze in der FB weiterbrennt, werden nun die Basis "unter" sich hat, verhandeln die Kirchen, der BBU, etc. ganz locker mit



dem Staat und der Polizei, natürlich im Namen der FB. Wenn nicht in Loccus, dann anderswo.

So gibt es seit Jahren Absprachen über Deeskalation von Umweltpolitischen Konflikten in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der AGU (Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen), wie die BBU Chefs Sternstein und Schirmer im August erstmals in der Öffentlichkeit zugeben mußten. Eines der Ergebnisse solcher Absprachen war der Verrat einer Demonstrationsgruppe während der Bonner "Friedensshow". Und zwar wurde die Polizei von Koordinationenausschuß telefonisch informiert, daß sich Demonstranten, von der mit den Bullen abgesprochenen Demoroute entfernen. Von der FB informiert konnten die grünen Chaoten ausschlagen.....

Aus der AGU heraus entstand dann der Stuttgarter Friedensvertrag, ein Grundsatzpapier, das in Zusammenarbeit von Bullen und FB-Chefs geheim erstellt wurde. Das Papier hat neben vielen Floskeln, Beteuerungen und Versprechungen das Ziel ein militantes "Konfliktpotential" zu isolieren. Und mit der Forderung, die Bewegung dürfe das Gewaltmonopol des Staates nicht angreifen, wird ein effektiver Widerstand von vornherein ausgeschaltet. Die Basis bekommt dies alles aufgesetzt. Wie heißt es so schön in dem Papier: "Sie müssen sich damit abfinden können, auch zu unterliegen."

Als Teilresultat der Stuttgarter Geschichte, sollte es noch die Abkühlungsgespräche in Loccus geben, wo der selbe Mist nur praktischer ablaufen sollte. Es wird gelenkt, abge-

sprochen, gespalten, aufgesetzt, distanziert, denunziert, ... also dann, AUF IN DEN HERBST.

Wir Anarchisten wissen, daß Führer, auch in einer FB, dem Ziel die Stationierung zu verhindern ganz klar entgegen wirken, qd, (+) Wer das Gewaltmonopol dieses Staates anerkennt, erkennt diesen Staat mit all seinen schweinschen Auswirkungen an. Unter dem Mantel der Gewaltfreiheit verbirgt sich handfeste staatsfragende Politik. Unsere Aufgabe muß es sein der Basis der FB klarmachen, daß man keine Dogmen von den Leuten übernehmen soll, die mit Hintergedanken eine Bewegung lenken. Wer kommt denn wohl



auf die Idee und meint, die FB dürfe das staatliche Gewaltmonopol nicht angreifen? Doch wohl nur Leute, die ein Interesse am Fortbestehen dieses Systems haben.

Es stellt sich nun die Frage, wer denn bitteschön nun der Gegner ist. Die Raketen oder die Machtinteressen der Regierungen? Unser Staat (BRDUSA) ist es doch, der die Stationierung will und Strategien entwickelt hat den Widerstand zu brechen, z.B. durch die Teile

und Herreche Politik Zimmermanns u. Co.. Mit allen möglichen Distanzierungen, Aus- und Abgrenzungen wird die FB auf einen sinn- und ziellosen gewaltfreien Kern "gesundgeschrumpft". Gruppen, die sich nicht in diese Strategie einpassen lassen und anderen Widerstand leisten wollen, werden zu Freiwild erklärt.

So soll aus Anlaß der Bush Demo in Krefeld der Landfriedensbruch § 123 StGB reformiert werden und nennt sich nun "neues Demonstrationsstrafrecht". Zwar wird er die drei Lesungen des Bundestages vor dem Winter kaum passiert haben und darum im Herbst noch nicht anwendbar sein. Aber was auch von der FB außer acht gelassen wird, ist die Tatsache, daß die Stationierung nicht diesen Herbst abgeschlossen sein wird, sondern sich bis Ende 85 hinsieht. Somit hat Vater Staat reichlich Gelegenheit vom neuen Gesetz Gebrauch zu machen. Die Stoßrichtung des Gesetzes ist klar. Es geht dem Staat nicht darum gegenüber sogenannten "militanten Störern" noch härter durchgreifen zu können, sondern eindeutig um die Kriminalisierung friedlicher Demonstrationen. BGM-Präsident Pfeiffer erklärte bereits in einem Spiegel-Interview, mit der neuen Regelung könne es "einem Dutzend Mordanschlägen gelingen Tausende von friedlichen Demonstranten zu Straftätern zu machen." Die damit beabsichtigte Spaltung und Lähmung der FB kann aber nur dann funktionieren, wenn sie sich weiterhin in einer endlosen Gewaltdiskussion versetzt, anstatt die knappe Zeit für Überlegungen gemeinsamer und sich gegenseitig ergänzender Aktionen zu nutzen. Aber die FB nimmt die aufgesetzte Spaltung hin. Sind Demos überhaupt noch möglich, wenn sich die Leute Angst suggerieren lassen, sich mit anderen zu solidarisieren. Ein steinewerfender V-Mann langt, um eine ganze Demo in den Knaus zu bringen. Siehe Krefeld-Demo, Peter "Pivi" Treoben Die Basis der FB muß erkennen, daß sie verarscht wird. Sie muß lernen autonom zu denken, daraus Schlüsse zu ziehen und analog zu handeln. Auch muß



ihr klar werden, daß die Stationierung hier, nur ein Teil der zu bekämpfenden Schweinserei ist. Ein System, daß Asylanten in den Selbstmord



treibt. Das Müllerspekulanten unterstellt, Hausbesetzer aber kriminalisiert. Das Militärjunta unterstützt, aber die Entwicklungshilfe für Nicaragua einstellen will. Ein System das umweltverschauende Firmen finanziert, Millionen von Menschen in die Arbeitslosigkeit treibt und dann auch noch die Arbeitslosenunterstützung ++ kürzt. Ein System, das Bullenmörder freispricht und sich wehrende Demonstranten einknastet. Genau dieses System ist der Gegner und nicht die Raketen. Deswegen müssen wir das System angreifen, um die Stationierung zu verhindern. Krieg ist doch nur einer, der brutale Ausdruck der Macht und wenn wir gegen den Krieg kämpfen wollen, so müssen wir diese Strukturen als ganzes bekämpfen und zwar dort wo wir sie antreffen, nämlich in unserem alltäglichen Leben. Unser Leben soll mit offenen und verdeckten Repressionen immer berechenbarer gemacht und beschränkter werden. Dabei geht es nicht nur um den Ausbau des Überwachungsstaates,

sondern auch um den Ausbau des durchtechnisierten Fortschrittes, der den einzelnen Menschen immer abhängiger von großtechnologischen Wirtschaftsinteressen macht. Nur in Abhängigkeit von substaatlichen Institutionen (Stromnetz, Wasserversorgung, Verkehrsinfrastruktur, Verkabelung) soll Leben möglich sein. Das eigene Denken, die eigene Autonomie und Persönlichkeit werden konditioniert.

Doch nun zu uns. Wir schätzen die momentane Lage der anarchistischen Bewegung, Position und Präsenz in Bezug auf die Praxis bzw. die jetzige politische Situation unausdiskutiert und zurückhaltend ein. In Sachen Antimilitarismus und Imperialismus sind die Standpunkte nicht klar definiert, geschweige denn in der linken Öffentlichkeit bekannt. Unserer Meinung nach lag es an der Schwierigkeit organisiert mit den ohnehin geschrumpften Kräften vorzugehen. Unter organisiert verstehen wir eine theoretische Grundlage, die die momentane Weltlage unter strategischen Gesichtspunkten einschätzt und dann geschlossen zu Aktionen und Weitertragen von Standpunkten hinarbeitet. Wir die Anarchistischen Aktionskollektive (AAK) haben uns gegründet, um das momentane Tief zu überwinden und durch unsere Anschläge, Sabotagen etc. wieder eine Öffentlichkeit zu schaffen. Und wir wollen mit diesem Paper, das leider auch nur ansatzweise analysiert, den Versuch machen einer neuen anarchistischen Bewegung eine inhaltliche Basis, erstmalig in Sachen Herbst, zu geben.

Ziel unserer praktischen Arbeit muß eine Vermischung vielfältiger Aktionsformen sein, die den Widerstand effektiver macht. Die Alternative darf nicht lauten: Friedensfest auf der Wiese oder Straßenschlacht einiger hundert Leute gegen die Bullen. Wir müssen die Unterschiede zwischen uns und der FB an inhaltlichen Punkten festmachen, nicht nur an Aktionsformen. Das bestehen auf Militanz ist genauso schädlich wie die Festlegung auf Gewaltfreiheit. Unser Widerstand muß so aufgebaut sein, daß direkte Aktionen und friedlicher Massenprotest zu einer Einheit werden. Legal und illegaler Widerstand sind beides legitime Formen des Protestes und müssen sich gegenseitig ergänzen. Es schien relevant die Lehren aus der Geschichte des Anarchismus auf die heutige politische Situation zu übertragen.

Es ist notwendig den Feind zu definieren, nämlich die Machtinteressen von Kapital und ideologisches Dogmatismus und den daraus resultierenden Folgen für die Menschen in Ost, West und der Welt. Es stimmt, daß der US-Imperialismus zur Zeit die offensivste Weltmacht ist und gemäß ihrer These ein Atomkrieg gewinnbar, analog den Aufbau des Feindbildes zu vorantreibt und den Menschen in der westlichen Welt diesen Maß einimpft und eine konditioniert. Auf der anderen Seite, die UdSSR, welche die Staaten, die sie seit der Festigung ihrer Diktatur ihrem Eigentum zugeführt hat und ihr Imperium weit über den Ostblock hinaus ausbreitete, unterdrückt die Völker genauso wie die USA (Ausführung s.o.). Unter Berücksichtigung des SU-Imperialismus werden sich die Aktionen der AAK hier hauptsächlich gegen Objekte richten, die direkt oder indirekt mit dem Antimilitarismus in Verbindung stehen, da es dieses System ist, das uns direkt und hier unterjocht.

Wir glauben, daß in Bezug auf Stationierung, wie oben ausgeführt die FB ineffektiven Widerstand spielt, und wir zu anderen Aktionsformen kommen müßten. Sabotage hämmt das System eher als Volksversammlungen und symbolische Blockaden es vermögen. Wir können nur hoffen, daß sich die "Rechte" des anarchistischen Potentials uns anschließen, da gehandelt werden muß. Setzt euch zusammen, diskutiert und plant die Gegengewalt. Gründet AAKs, denn wir haben unsere Stimme noch nicht ganz verloren. Unsere Kraft muß effektiv eingesetzt werden. So halten wir es für falsch sich an gesteuerte Bewegungen (FB...) dranzuhängen und sich nur neuen Frust zu holen. Vielmehr geht es darum, sich bildende soziale Bewegungen durch militante Aktionen zu unterstützen und zu bekräftigen den Staatsapparat anzugreifen und auf bestehende Mißstände hinzuweisen. Der Gegensatz zur FB besteht darin a) die globale Scheiße einzuerschätzen und b) die daraus gezogenen Schlüsse in Taten umzusetzen.

DIE ANARCHISTISCHE IDEE LEBT!

(+) Anmerkung der Redaktion: Soll das etwa "quod erat demonstrandum" (was zu beweisen war) heißen? Oder vielleicht eher "quod licet Iovi, non licet bovi" (was Jupiter erlaubt ist ist nicht dem Ochsen erlaubt)

++ Mit "Bullenmörder" scheint "MSRderbullen" gemeint zu sein.

CEMAL KEMAL ALTUN

TRAUER UND WUT GRENZENLOS - UND ER SCHEINT SCHON VERGESSEN



Wenn es Sinn hätte
zu leben
hätte es Sinn
zu leben

Wenn es Sinn hätte
noch zu hoffen
hätte es Sinn
noch zu hoffen

Wenn es Sinn hätte
sterben zu wollen
hätte es Sinn
sterben zu wollen

Fast alles hätte Sinn
wenn es Sinn hätte

ERICH FRIED

kurzes



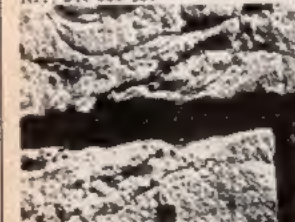
"Die Mauer" erschien erstmals 1979 als Organ einiger Gefangenenselbsthilfegruppen. Bedingt durch den Auflösungsprozess etlicher beteiligter Knastgruppen gepaart mit daraus resultierenden finanziellen Problemen mußte die MAUER im 4. Jahrgang vorläufig eingestellt werden. Ab August 83 sind wir nunmehr in der Lage, die Mauer 8 - wöchentlich und regelmäßig wieder herauszubringen. Nach wie vor sind die zentralen Anliegen des Blattes:

1. Informations- und Agitationsblatt für Internierte und die sog. "interessierte Öffentlichkeit"
2. Informations- und Diskussionsplattform für die Gefangenenselbsthilfegruppen und für von Kriminalisierung Bedrohte. Also wir Alle.
3. Praktischer Arbeits- und Koordinationsansatz für Internierten- und Personen "drinnen und draußen"

Schickt uns Infomaterial, Artikel aller Art, Bildmaterial, Abos und bei sehr viel Energie werdet Wiederverkäufer (Ach ja, da fällt mir ein, daß selbe gilt auch für die AKTION, schicken und werden usw., Anm. d. Tippera).

Probeexemplar bei der GI - Dortmund, Brunnenstr. 8-10, 46 Do 1 anfordern.

Konto der Mauer: R. Merkel, Stadtparkasse Dortmund, Konto-Nr.: 241 001 407



Die schon längere Zeit erwartete Broschüre der FAU, über Industrieroboter, Computer und Personalinformationssysteme - wird gegen Ende Dezember erscheinen. Wenn noch jemand Material hat, schickt es bitte an die AKTION.

Neues vom Computerstaat

Das Bundesinnenministerium hat einen Entwurf zur "Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes" vorgelegt.

Bis zum 10. Oktober hatten die Verbände der Wirtschaft die Möglichkeit ihre Änderungswünsche kundzutun, am 27.10. fand dann eine Anhörung im Ministerium statt.

Der bisherige Entwurf sieht folgendes vor:

- die Sicherheitsbehörden sollen betroffenen Leuten noch mehr Auskünfte erteilen können, sie "brauchen die Ablehnung der Auskunftserteilung nicht zu begründen".
- Eine Neuregelung der Direktabfrage von Datenbeständen, die an zwei Voraussetzungen geknüpft werden soll - a) der Datempfänger muß die Daten benötigen (also jeder Konzern, jede Institution etc.) und b) die "Schutzwürdigen Belange" der Menschen müssen berücksichtigt werden.

Der Entwurf des BMI verlangt zwar, daß die Zulässigkeit des Datenabrufs "kontrolliert werden kann", aber selbst nach Ansicht der sogenannten Datenschutzbeauftragten, ist dies derzeit nicht zu gewährleisten.

In dem Bericht des Bundesdatenschutzbeauftragten (welch ein Wort!!) wird sogar ausdrücklich auf die mangelhafte Kontrolle und die Risiken beim Datenaustausch zwischen den Sicherheitsorganen und anderen Stellen des Staates, bei der derzeitigen Regelung, hingewiesen. So hat "unser" Polizeiparagraf scheinbar die ZEVIS Datenbank des Kraftfahrtbundesamtes in Flensburg geplündert.

Als "Verbesserung" werten die sog. Datenschützer den Entwurf in Bezug auf die Auskunftspflicht der Banken gegenüber den Bürgern. Denn: wenn jemand keinen Kredit bekommt, weil eine Auskunft der Bank unvorteilhafte Informationen über ihn erteilt hat - muß die Bank auf Anfrage "die übermittelten Daten und die übermittelnde Stelle" mitteilen. Wie schön für denjenigen, der den Kredit nicht bekommt!

Um bei der Überwachung zu bleiben, noch ein Tip: In Dänemark gibt es die Personenkarte (PK) schon. Diese neuen Dinge werden in Schweden hergestellt und dort radioaktiv bestrahlt, um eine Fälschung auszuschließen. Ein Nebeneffekt ist, daß die Kinder im Physikunterricht spannende Suchspiele mit Geiger-Müller Zählern veranstalten können. Versteckspiel '84.

"Denen kann geholfen werden"

Die autonomen Demo - Sanitäter Film bieten interessierten Gruppen (z.B. Friedensgruppen) Erste-Hilfe-Kurse für medizinische Laien an. Thema: Selbstschutz und Erste Hilfe bei typischen Demoverletzungen mit praktischen Übungen. Der leichtverständliche Kurs soll auch beim Einschätzen von Verletzungen und den ersten notwendigen Handgriffen helfen (Transport, Lagerung, Augenapfeln bei Gaseneinsatz...).

Dauer: 1 Vor- oder Nachmittag Zeit; nach Absprache im Sept. oder Okt. Interessierte Gruppen schreiben an:

Sanitäter

c/o Gesundheitsladen

Arnsburgerstr. 64

6 Film

Sorry, wir sind leider etwas upki dran. Interessierte können ja trotzdem mal die Sanis anschreiben.



Die Berliner Ortsgruppe der FAU plant eine ca. 30seitige Broschüre mit dem Arbeitstitel:

ANARCHO-SYNDIKALISMUS HEUTE

Die Analyse gegenwärtiger gesellschaftlicher Bereiche soll im Vordergrund stehen, auf die aus A.-S.-Sichtweise Stellung bezogen werden soll. Es soll versucht werden, den unterschiedlichen Einschätzungen Rechnung zu tragen, Gemeinsamkeiten zu betonen und offene Fragen als solche darzustellen.

GLIEDERUNG:

- Theoriegeschichte des A.-S.
- Im gegenwärtigen Bezug
- Organisationsansatz F.A.U.
- Dienstleistungs-/Produktionsbereich
- Teilzeitarbeit, Jobber
- Rationalisierung
- Arbeitslosigkeit
- Ökologie/Ökonomie
- Antimperialismus
- Antimilitarismus
- Internationalismus
- soziale Bewegungen

Alle FAU-Ortsgruppen sind aufgefordert, sich zu beteiligen! Redaktionsschluss ist Anfang Dezember. Kontakt: Wolfram Beyer c/o FAU Cranachstr. 7 1000 Berlin 41 Tel. Mi. 19-21 h: 030/8554032 "priv. " 4912001

DIE SOZIALISTISCHE REPLIK

1931 stürzte die Diktatur von Carlos Ibañez del Campo. Die schwere Wirtschaftskrise erzwang eine Gruppe von 4. Juni 1932, einen Staatsstreich durchzuführen. Sie erklärten Don Marmadue Grove zum neuen Regierungschef, der daraufhin die sozialistische Republik in Chile ausrief. Nur zwei Wochen später begannen die Militärs dieses Spiel wieder. Da Grove mit den Arbeitern und ihren Gewerkschaften nichts zu tun hatte, klemmten sich diese auch wieder um seine Republik noch um seinen Abgang.

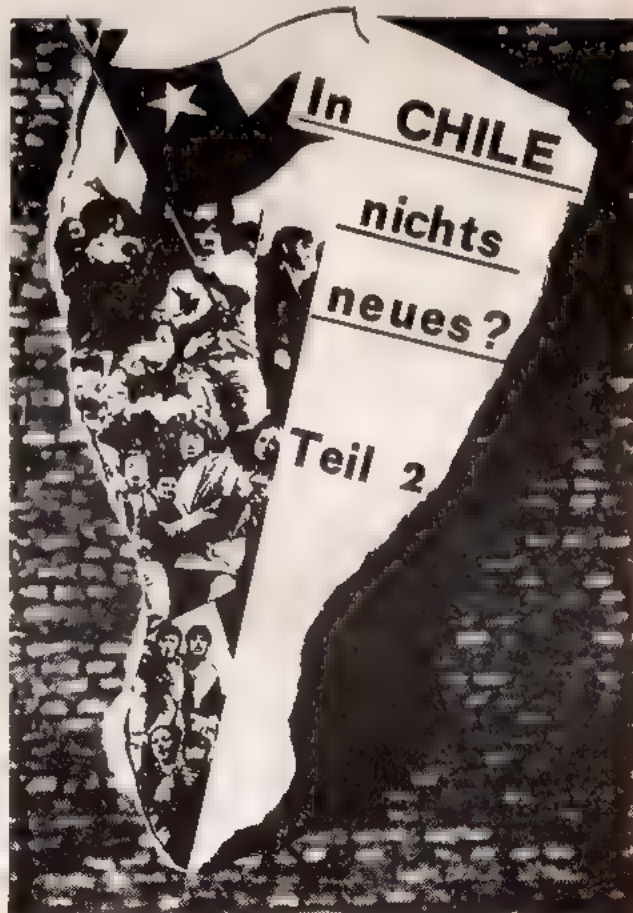
1931 Wiederaufbau der chilenischen Gewerkschaftsbewegung. In der Arbeitswelt setzte sich die anarcho-syndikalistische CUT (Confederación General de Trabajadores - Allgemeine Arbeiter Konföderation) durch, die unter dem Einfluß der Industriellen Workers of the World (IWW) gegründet wurde. Im politischen Bereich unternahm die Kommunistische Partei große Anstrengungen um die von der CGT gegründete FOCG (Chilenische Arbeiter Federation), wieder aufzubauen, was jedoch fehlschlug.

Von 1931-74 sind es die Gewerkschaften der CUT, die aktiv sind und die Arbeiterbewegung weiterentwickeln. In dieser Zeit entstehen nur die Basis in der Gewerkschaftsbewegung und sie kämpfte für klare revolutionäre Prinzipien und Ziele. Keine politische Partei konnte sie kontrollieren. Um diesen Zustand zu beenden suchten die Parteien nach neuen Wegen die Gewerkschaften zu beherrschen.

Die Gründung der PS (Partido Socialista), der PR (Partido Radical), der Falange und der PC (Partido Comunista) verursachte einen Bruch unter den Arbeitern. Die Parteien begannen mit einer Kampagne für den "legalen" Zusammenschluß in Gewerkschaften, wohlwissentlich damit die Autonomie der Gewerkschaften zu unterbinden. Den Anhängern die Volksfront als Regierungsbündnis scheiterte, spaltete sich die CTCH wiederum in zwei Fraktionen auf: einen PS und einen PC-Sektor.

gern von PS, PC, PR und Falange, deren Ambitionen es waren, zu regieren, gelang es 1934 in Santiago eine neue Gewerkschaftszentrale zu gründen. Als diese CTCH (Confederación de Trabajadores Chilenos - Konföderation der chilenischen Arbeiter) ins Leben gerufen wurde, bekam B. Araya (PC) das Amt des Generalsekretärs, B. Ibañez (PS) wurde zweiter Sekretär.

thir. Die übrigen Posten wurden zwischen PR und Falange verteilt. Ab 1934 wird die chilenische Arbeiterbewegung von zwei Fronten vertreten: Die eine unter dem Banner der CUT, anarcho-syndikalistisch, revolutionär, die andere Seite unter der Fahne der CTCH, die von den reformistischen Parteien beherrscht wird.



DIE KONTAKTE

1938 wird Don Pedro Aguirre Corda, der Kandidat der Volksfront, ins Präsidentenamt gewählt. In der Regierungswelt der Volksfront verhält sich die CTCH sehr hilfreich zu den Parteien, die ihre Geburthelfer gewesen sind, nicht aber zu den Arbeitern, die sie vertreten sie vorgab. Sie brachten den kreativen Schwung der Gewerkschaften und bewirkte deren Unterwerfung unter die Parteien. Mit dieser Volksregierung, mit diesen Parteien, die sich auf die Arbeiterklasse beriefen, ist zum ersten Mal im nationalen Rahmen die destruktive Rolle der politischen Parteien in der chilenischen Gewerkschaftsbewegung deutlich geworden. Es hat sich gezeigt, wie die Selbstständigkeit der Arbeiter eingedämmt werden kann und wie eine Gewerkschaft ihren revolutionären Charakter verlieren kann.

1946:
GONZALES VIDELA UND
"DAS VERFLUCHTE GEBETZ"

Mit Unterstützung der PC und der Linksparteien wird Videla (Radikale Partei) zum Präsidenten gekürt. Er erklärte die Kommunistische Partei für ungesetzlich und erließ das "Gesetz zur Verteidigung der Demokratie". Dieses Gesetz diente als Vorwand um eine neue Repressionswelle zu starten: Verhaftungen und Sicherheitsverwahrungen für latente Funktionsträger. Die chilenischen Arbeiter werden von diesem Gesetz erdrückt, am schlimmsten leidet jedoch die PC unter der Repression. 1952 wird eine berühmte Person erneut zum Präsidenten gewählt: Carlos Ibañez del Campo, der zwischen 1927 und 1931 die Gewerkschaftsbewegung, durch seine Diktatur, fast aufgerieben hatte. In der Arbeitswelt behielten die CUT und die MUNT, beides anarcho-syndikalistische Organisationen, ihre Aktionen bei. Die CTCH, mit ihren zwei Flügeln, rief zur Einheit der Arbeiter auf, um wieder einmal eine Volksfront gegen das Unternehmertum zu bilden.

DIE ÜHNIAMT DEN CUT

Am 1. Mai 1952 wird im Rahmen einer großen Versammlung eine Gewerkschaftskommission gebildet, die einen nationalen Kongress vorbereiten soll. Dieser fand im Februar 1951 statt und brachte die CUT (Confederación General de Trabajadores - Allgemeine Arbeiter Konföderation) mit sich.
NATIONALRAT:
Präsident - G. Bluet (Unabh.)
Vizepräsident - B. Caramona (PS)
Generalsekretär - I. Guey (PS)
Schatzmeister - J. Vargas (PC)

NATIONALRÄTE:
Cea (Falange), Quiroga (DC), Moreno (DC), Dina (PC), Alegria, Araya, Pradenas, Fuigueroa, Baydos (PS), Aguirre (PS), Long (PS), Miranda, Dominguez, Duran, Celso Poblete (Anarcho-Synd.).

Die CUT rekrutierte ihre Nationalführung zu 70% aus den marxistischen Parteien, die die Unterwerfung der Gewerkschaftsbewegung erneut betrieben. Der Nationalrat der CUT stellte ein Programm von fünfzehn Punkten. Mit dieser Plattform, für einen gemeinsamen Kampf, herrschte eine Zeit der Einheit und der Aktion. Die Räte der Provinzen, Regionen und Bezirke organisierten ihre Struktur im ganzen Land und die Einheit der chilenischen Arbeiter war eine zeitlang Realität geworden. Mandarbeiter,

Intellektuelle, Hausfrau, Studenten und Lohnabhängige hatten sich der CUT angeschlossen. Große Versammlungen fanden im ganzen Land statt und es gab bei den Arbeitern ein enormes Übermaß an Demokratie. Die Interessen der Arbeiterklasse gegenüber dem Staat gegenüber. Die Klassenkonflikte in der chilenischen Arbeit sind entwickelt ein einheitliches Handeln. In dieser Zeit gab es einen Ausbruch, das Bild für die Kontrolle der politischen Parteien entfällt. Die Gewerkschaften handelten gemäß dem Statut der Kampfplattform, wobei sie in verschiedenen Jugend eine Verhandlungsbereitschaft von sehr hohem Niveau bewiesen. Das kapitalistische System hatte in den chilenischen Arbeitern einen Gegner gefunden, der weder den sozialen Kampf fürchtete, noch vor ihm zurück wich. Demals war das gesellschaftliche Klima ein offener Kriegszustand gegen die Herrschenden. Die CUT hatte eine Kampagne der partiellen Arbeitsinstandsetzungen entwickelt um den nationalen Generalstreik vorzubereiten. Die Arbeiter verlangten nach einer sozialen und politischen Umstrukturierung.

GEHEIMNIS JULI 1956

Unter diesen Umständen erklärte die CUT den Generalstreik. Bei dieser Aktion zeigte





sich die Fähigkeit und Stärke des revolutionären Syndikats sehr deutlich. Die Arbeitseinführung wurde von allen eingehalten! Dies hat es nie zuvor in Chile gegeben. 48 Stunden lang blieben alle Räder stehen und die Regierung Ibanes wankte. Er drohte damit die Regierung zu verlassen und der CUT die Verantwortung und Verwaltung des Landes zu überlassen. Ibanes rief dann die Chefs der Linksparteien zu sich und ließ sie seinen Entschluß wissen, das Amt niederzulegen. Erschrocken baten die Politiker den Präsidenten damit zu warten, sie wollten eine Kommission der CUT einberufen um ein Memorandum und eine Petition zu erstellen. Weiterhin verbürgten sie sich dafür, die CUT zur Aufgabe des Generalstreiks zu bewegen.

Die CUT ernannte eine Kommission von solchen Männern, denen C. Bustos, ein Unabhängiger, vorstand. Diese Leute überreichten Ibanes das Memorandum und die Petitionen der Arbeiter des ganzen Landes. Als Ibanes eine Woche Bedenkzeit verlangte, während der die Arbeiter wieder arbeiten sollten, brachen in der CUT die Auseinandersetzungen aus. Nach zwei Tagen wurde der Generalstreik mit den Stimmen von PS, PR, Falange und PC beendet. Nur die vier Anarcho-Syndikalisten hatten sich geweigert die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne die Basis vorher befragt zu haben. Die Rückkehr zur Arbeit fand in einer Stimmung der Desorientierung und völliger Verwirrung statt. Kaum einer der Arbeiter sah einen Sinn darin den Streik in seiner stärksten Phase abbrechen, ohne eine einzige Zusage bekommen zu haben.

JULI 1956 DIE KONSEQUENZEN DER NATIONALEN ARBEITS- NIEDERLEGUNG

Die gewerkschaftliche Einheit ist, trotz jahrelanger Bemühungen der Arbeiter, gebrochen worden, da es gelungen war die Interessen der politischen Parteien

über die der Arbeiter zu stellen. Die Interessen antagonistischer Klassen standen auf dem Spiel. Ein weiteres Mal hatte die zerstörende Arbeit der Parteien den Syndikalismus daran gehindert, die gesellschaftliche Veränderung voran zu treiben. Monate später, 1957, rief die CUT zu einem neuen Generalstreik auf, um die Erfüllung der Forderungen von 1956 zu erlangen. Dieser Streik wurde eine Niederlage, denn das Vertrauen in die führenden Personen war geschwunden - und die Regierung reagierte mit harter Repression. Eine Verhaftungswelle gegen die Wortführer zog über das Land. Die Parteien PS, PC und PR einigten sich auf einen Amnestievorschlag, der später angenommen wurde. Die anarcho-syndikalistischen Räte verzichteten nach diesen Erfahrungen auf eine weitere Beteiligung an dem dreckigen Spiel. Ab 1957 war die CUT zu einem Fischleib der Parteien degeneriert, die sich untereinander um die Kontrolle der Gewerkschaft stritten.

Dieser historische Rückblick verdeutlicht den revolutionären Charakter der chilenischen Arbeiterbewegung in ihren ersten Ausdrucksformen im Kampf um die Veränderung der Gesellschaft. Halten wir fest, daß die gegenseitige Unterstützung, wie sie von den "Gesellschaften für gegenseitige Hilfe"

praktiziert wurde, eine große humane Empfindsamkeit entwickelt hat. Als Folge dieses Einflusses hat sich ein größeres Klassenbewußtsein bei den chilenischen Arbeitern eingestellt. Vergessen wir nicht, wie auch, welche große Bedeutung die Erziehung und der Erwerb von kulturellem Interesse bei ihren Mitgliedern beimaß. Betrachtet man die chilenische Gewerkschaftsbewegung, so stellt man fest, daß diese ideologische Strömung von Anfang an einen revolutionären Charakter hatte. Diese Bewegung hat für die Zerschlagung des kapitalistischen Systems und für die Zerstörung des Staates gekämpft. Den politischen Parteien, die nur daran interessiert waren, die Gewerkschaften zu benutzen und zu manipulieren, ist es gelungen, deren revolutionären Charakter aufzuweichen und schließlich zu beseitigen. So hat die CUT, während der Regierung des Sozialisten Allende, ihre Rolle als Registrierkasse für die Manipulationen der marxistischen Parteien im gewerkschaftlichen Bereich sehr gut erfüllt.

Coordination Libertaire
Latino-Americaine

NACH: "LE MONDE LIBERTAIRE"
Organ der Fédération
Anarchiste - Nr. 491



Streikende in Santiago, 1956, Arbeiter der Polizei

Der Fortschritt hat viele Gesichter

IM ZENTRUM DER PROKTATUR
DES DILETARIATS STEHT DAS
PROLETARIAT

Im Sommer 83 wurde in westlichen Massenmedien von einer in der UdSSR zirkulierenden Studie berichtet, deren Verfasser vom "Institut für Ökonomie und Organisation der industriellen Produktion" an der sibirischen Pazifik-Hochschule in Novosibirsk, sich Sorgen um das Wohlergehen der bürokratischen Lüge machen.

Das höchstwahrscheinlich offiziell abgesegnete Elaborat steht im Zusammenhang mit Äußerungen der Kräfte aus den Kasematten des KGB, des sowjetischen Staats- und Parteichefs, Yuri Andropov. Diesem verläuft "die

Rahmen des hessischen Wahlspiegels, sagte der exilierte Präfekt der tschechisch-slowakischen Reformkurse von 1986, Zdeněk Mlynář, daß die oben erwähnte Studie den Reformvorstellungen des durch die brüderlich vereinigten Panzer des "Warschauer Pakts" vor 15 Jahren liquidierten "Prager Frühlings" sehr nahe kommen würde. Auch in den Kommentaren der bürgerlichen Öffentlichkeit wurde recht wohlwollend über die "reformerischen bis ketzerischen" Ideen aus Novosibirsk geurteilt.

Diese positive Resonanz, auf

Beim Lesen ist leicht festzustellen, daß die sibirische Studie nur ein einzelnes, banales, aber anscheinend immer mühsamer zu realisierendes Ziel anvisiert: Die Ausbeutung des Proletariats muß intensiviert, d. h. den neuen, durch die technologische Entwicklung diktierten Erfordernissen angepaßt werden, ohne die alte soziale Ordnung anzutasten.

Die sowjetischen Spezialisten der sozialen Kontrolle, die diversen Sozialwissenschaftler, Verhaltensforscher etc. werden unmißverständlich aufgefordert, endlich ihre Existenzberechtigung dadurch nachzuweisen, daß sie wirkungsvolle Techniken entwickeln, die die größtmögliche Effizienz der Beherrschung der Gesellschaft, vor allem des Proletariats, durch die kommunistischen Chefs gewährleisten.

Gefordert wird also, was in den westlichen kapitalistischen Staaten seit langem Praxis ist. Dort arbeitet das Heer der staatlich geförderten Denker und Kritiker, mit dem diesen Figuren eigenen Eifer, an der Abwendung des sozialen Krieges, der Sicherung von sozialem Frieden und Rentabilität.

Die sowjetischen Reformvorstellungen bewegen sich natürlich innerhalb der altbekannten, stinkenden Ordnung.

Zu welchen Resultaten die innerbürokratische Diskussion auch immer führen wird, die Geschädigten stehen schon fest: die Proletarier der auf dem Staatsgebiet der UdSSR lebenden Völker.



— Куда же это и должен был
сходить во время рабочего дня?

Venn ich doch bloß noch
wüßte, wohin ich während
der Arbeit gehen sollte?



Удивлю что встретил астроном
Рисунок Ю. ЧЕРЕПАНОВА.

Wie gut, daß ich mich erinnern konnte...

Anpassung des sowjetischen Wirtschaftssystems an die Erfordernisse der Zeit" entschieden zu langsam. Dem Ersten unter den Bürokraten dürfte es nach neuen Ideen.

Auf einer äußerst öden Veranstaltung der Grdn im

die die "Reformvorschläge" bei den verschiedenen Freunden des Realsozialismus, des Reformsozialismus sowie der freien Marktwirtschaft gestossen sind, verwundert nicht, schaut man sich den Text genauer an.

Die beschränkten Verfasser der Studie reifizieren zunächst die Tatsache, nach der in den letzten 15 Jahren in der UdSSR eine rückläufige Tendenz bei der Zuwachsrate des Brutto-sozialprodukts zu bemerken ist. Diese liegt nämlich nicht mehr wie Ende der 60er Jahre bei 7,5%, sondern bei 2,5%.

Da die Bevölkerung jährlich um 0,8% anwächst, könne eine derartig niedrige Wachstumsrate weder die Anhebung des sog. Lebensstandards noch die Modernisierung der Produktion gewährleisten. Um das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen, sei es notwendig die Ursachen für die negativen Tendenzen zu erkennen und zu beseitigen. Dazu gehören u.a. neben der Unterentwicklung der Infrastruktur "das mangelnde Interesse der Arbeiterschaft an den Ergebnissen ihrer Arbeit und die schwach entwickelte Arbeitsdisziplin."

Die eigentliche Ursache der Misere aber sei "das Zurückbleiben der Produktionsverhältnisse und des sie widerspiegelnden Systems der staatlichen Wirtschaftslenkung hinter dem Niveau der Produktivkräfte", d.h. "die Unfähigkeit dieses Systems, die vollständige und effiziente Nutzung des geistigen und materiellen Potentials der Gesellschaft zu gewährleisten."

In diesem Zusammenhang wird kritisiert, daß Teile der sowjetischen Bürokratie im Wesentlichen zwei falschen dogmatischen Auffassungen anhängen.

Erstes Dogma:

"Die sozialistischen Produktionsverhältnisse "überflügeln" stets die Produktivkräfte, was Widersprüche zwischen ihnen ausschließt."

Dazu erinnert die Studie an die marxistische Auffassung, nach der sich der Widerspruch zwischen einem relativ hohen Niveau der Produktivkräfte und den zurückgebliebenen, zu engen Produktionsverhältnissen, tendenziell in revolutionärer Veränderung der Produktionsverhältnisse durch die fortschrittlichste Klasse äußert. Die Reformen, die lächerlicherweise vorgeben, von dieser These auszugehen, reden heldenhaft vom Vorhandensein des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in der UdSSR. Dessen Lösung erblicken sie aber, wen wundert, im Sieg der "modernen" Fraktion der

КРОКОДИЛ



Warum ist Brigadist Petrow nicht zur Besprechung der Weizennernte anwesend?

- Er erntet schon, Genosse!

herrschenden Klasse, deren Existenz ja selbst, der beste Beweis für den antiken Charakter der realsozialistischen Produktionsverhältnisse ist. Das Proletariat bleibt in der "neuen" Interpretation der Realität auch weiterhin Objekt der Begierde.

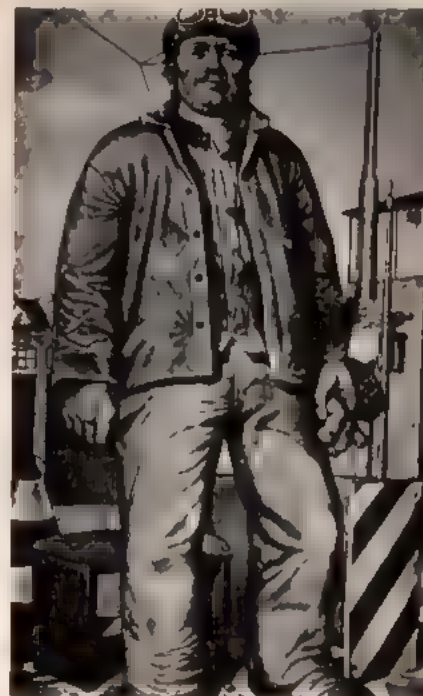
Zweites Dogma:

Die in der sozialistischen Produktion beschäftigten Arbeiter müssen der zentralisierten Leitung "von oben" unterworfen sein, da sie als Arbeitskräftepotential von Natur aus nicht selbstständig auftreten, sondern ausgenutzt werden, nicht agieren, sondern funktionieren, den Arbeitsplatz nicht wechseln, sondern verteilt und umverteilt werden. Da die sowjetischen Arbeiter ohnehin kein Interesse an der Verwaltung der Betriebe haben, müssen wir die Chefs, die Sache managen,



Hatten diese Dogmen, so die Reformer, in der Zeit des Genossen Stalin, als die Produktivkräfte relativ schwach entwickelt waren, ihre Gültigkeit, so bewiese ein bis in die Gegenwart fortgesetztes

Landes, hatte kein großes Rechenschaftsbewußtsein, kein Interesse an der Beteiligung an der Leitung der Betriebe und bildete ein bequemes Manipulationsobjekt. Obwohl es keine Arbeitslosigkeit gab, be-



krampfhaftes Festklammern an diesem Plunder nur einen gefährlichen Mangel dringend erforderlicher Modernität.

So ermahnt die Studie denn auch die fossilieren Schwachköpfe der Bürokratie, sich endlich den großen Herausforderungen der Zeit zu stellen, da es sonst passieren könnte, daß die gesamte Bürokratie mit einer Schlinge um den Hals im Nichts balanciert. Mit den Produktivkräften haben sich nämlich auch die Arbeiter verändert, so die glorreiche Erkenntnis.

Zunächst wird die Lage der Arbeiterklasse im Vaterland der Werktätigen unter urstalinistischer Herrschaft folgendermaßen beschrieben:

Die überwiegende Mehrheit der Industriearbeiter stammte vom

stand in vielen Bereichen ein struktureller Arbeitskräfteüberschuß. Fehlende Flexibilität, sowie enorme Schwierigkeiten bei der Wohnungsbeschaffung führten zur Beschneidung der Mobilität der Arbeiter.

Das Durchschnittseinkommen lag nur geringfügig über dem Existenzminimum. Staatliche Kranken- und Rentenversicherung war unbekannt. In den Fabriken wurden kriegsrechtliche Bestimmungen eingeführt, Verspätungen und Fehlzeiten hart bestraft. Die Menschen wurden von den Herrschenden als "Schraubchen" in einem ökonomischen Mechanismus angesehen.

Gehorsam und passiv wie Maschinen, so sollten die

"sozialistischen Arbeiter" also sein, in den wachsamen Augen des Chefs der Avantgarde des Proletariats, der KPdSU, der bereits Ende der 30er Jahre den Sozialismus als vollendet dekretierte und alsbald den "sozialistischen Menschen" auf einem steinigen Pfad zum Kommunismus marschieren ließ.

So war es damals, aber heute hat sich allerlei verändert, stellen die aufmerksamen Reformer fest. Die ökonomischen Strukturen, die Produktivkräfte sind komplizierter geworden und diese machen einige neue Verrenkungen der Menschen-schinder erforderlich. Der höhere Entwicklungsstand der Arbeiter (Bildung, Selbstbewußtsein), "die sich ihrer Interessen wohl bewußt und notfalls auch bereit sind sie zu verteidigen, macht sie zu einem viel zu schwierigeren Manipulationsobjekt als das früher der Fall war."

In vielen Bereichen der Industrie herrscht Arbeitskräftemangel, die Arbeitskräfte müssen also sorgfältiger behandelt werden. Die Einführung neuer technologischer Systeme "hat die Anforderungen an die Qualifikation, die Verlässlichkeit und das Verantwortungsbewußtsein der menschlichen Arbeitskraft, sowie an die subjektive Funktionsfähigkeit des Arbeiters erheblich verstärkt

Die Lenkungsorgane, so kritisiert die Studie, erweisen sich als chronisch unfähig das selbstbewußter gewordene Proletariat weiterhin profitabel zu beherrschen, d.h. sie sind unfähig "die gesellschaftlich notwendige sozialökonomische Anpassungsbereitschaft der Werktätigen zu gewährleisten". Dabei ist eine für die herrschende Klasse erfolgreiche Produktionsplanung heutzutage nur möglich, wenn es gelingt das "Verhalten der Arbeiter" voll in den Griff zu bekommen. Gelingt das nicht, so wird der Arbeiter weiterhin bleiben was er ist, "das schwächste Glied der technologischen Kette", d.h. des Produktionsablaufs.

Das Proletariat wird von den Reformatoren, welche eine Erkenntnis, als intelligent genug angesehen, mit immer neuen Kampfmoden der staatlichen Planer zu verwirren. Immerhin dämmert ihnen: "die Regulierung des ökonomischen Verhaltens der Arbeiter ist eine komplizierte Angelegenheit".

Moderner Arbeiter, die sich einer schwach entwickelten Arbeitsdisziplin erfreuen, ziehen es vor, statt ihre Arbeitszeit voll "mit produktiver Beschäftigung" auszufüllen, "zu bummeln, sie genehmigen sich Stillstandszeiten und trinken am Arbeitsplatz", so wehklagen die Reformer. Auch durch die Einführung eines Systems fester Regeln, erhöhter Anforderungen an die Arbeitsdisziplin, verstärkter Arbeitszeitkontrollen, d.h. "vollständige Ausnutzung der Arbeitszeit", ändert sich die Lage nur unwesentlich. In dieser Situation zeigt sich "die individualpsychologische Einstellung der Arbeiter zur Arbeit in einem unterschiedlichen Grad der Arbeitspräzision und einer dementsprechend schwankenden Qualität des Produktes".

"Natürlich wäre es, allgemein gesprochen, ohne Wodka besser, denn der Wodka ist ein Übel."
J.W. Stalin, 1927

Den konservativen bürokratischen Schrumpfköpfen fällt darauf nichts besseres ein, als mit einer noch strengeren Reglementierung zu reagieren.

Das Proletariat konfrontiert mit einer "verantwortungslosen Einstellung zum Rohstoff-, Energie- und Materialverbrauch", sowie mit "Desinteresse an der Verwaltung und an Rationalisierungsvorhaben". Was also tun, fragen die Reformer und stellen umgehend fest: All die rigorosen Reglementierungen brin-

gen es leider mit sich, daß bedingt durch erhebliche Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der von oben erlassenen zahllosen Vorschriften, fehlender Ausführungskontrollen, d.h. durch die Verschlagenheit der Arbeiterklasse, ist in der Praxis "der wirtschaftliche Freiraum der Arbeiter nicht nur nicht weiter eingeengt sondern weitet sich mitunter sogar noch aus". "Der Raum für positive Initiativen der Werktätigen wird auf Null reduziert, während der Spielraum für gesellschaftsfeindliches Verhalten recht groß bleibt".

Initiativ und kreativ Handelnde werden die Arbeiter erst außerhalb der Zentren für Zwangsarbeit, den staatseigenen Produktionsstätten.

Und das gefällt den tollen Reformern, den zurückgebliebenen Nacheifern ihrer erbärmlichen westlichen Kollegen ganz und gar nicht. Ihr Ziel ist es ja "die Ausschöpfung aller gesellschaftlichen Reserven sowie des gesamten kreativen Potentials der Werktätigen zu erreichen".

Dazu beabsichtigen diese Figuren, das Verhalten der Arbeiter zu "formen" und deren Subjektivität in "ökonomische" Aktivitäten, "in eine für die Gesellschaft nützliche Richtung" zu lenken. Es ist klar, daß die Reformer als Fraktion der herrschenden Klasse nichts anderes damit im Sinn haben, als den Irren Traum, sämtliche Lebensäußerungen der Arbeiter in eine für die Bürokratie nützliche Richtung konditionieren zu können.

Die Arbeiter sollen mehr Verantwortungsbewußtsein zeigen und



soweit es dringend erforderlich ist sogar mitdenken. Ihnen soll das Gefühl eingetrichtert werden (ein schwieriges Unterfangen), daß sie die Herren in den Fabriken sind und diese Position am besten dadurch ausfüllen, daß sie mehr und besser arbeiten, - Sie sollen schön mit- aber nichts kaputt machen.

Die Reformer meinen, daß das bestehende System von sozialen Gruppen geändert werden muß, die darin ziemlich hohe Positionen bekleiden und daß "die Versuche der zentralen Machtorgane die Produktionsverhältnisse an das höhere Niveau der Produktivkräfte anzupassen Konflikte produzieren" werden. Als "System und Produktionsverhältnisse" werden hier lediglich die veralteten Herrschaftsmethoden definiert, die Herrschaft des Partei- und Staatsapparates als Klasse bleibt, als klar, unberührt. Die "Konflikte" von denen die Rede ist, beziehen sich in erster Linie auf Auseinandersetzungen innerhalb der bürokratischen Hierarchie. Arbeiter erscheinen nur als Hilstruppen der einen oder anderen Fraktion.

Autonome Aktionen der Arbeiterklasse zur Änderung und vollständigen Aneignung ihres Lebens sind auch unter der Obhut der moderneren Freunde der Proktatur des Diktariats als obszöne und konterrevolutionäre Handlungen strengstens verpönt und werden unermüdlich verfolgt. Ein Sieg der reformistischen Teile der Bürokratie scheint ebenso möglich wie deren Verschwinden. Egal, so oder so. Kadaver haben keine Zukunft.

von Abol Dibbuk



Nach dem 1. Kommuniqué der "Emmanuel Goldstein Gruppe" Warschau, welches vollständig in "Die Freie Gesellschaft" Nr. 9 und auszugsweise in "Schwarzer Faden" Nr. 3/83 bereits veröffentlicht worden ist, veröffentlichen wir eine Stellungnahme einiger Mitglieder dieser Gruppe zur westlichen Friedensbewegung.

Wir begrüßen die folgende Erklärung von Mitgliedern der Emmanuel Goldstein Gruppe ausdrücklich, sind aber mit der dort geäußerten massenhaften Kritik an der westlichen Friedensbewegung hinsichtlich deren Einseitigkeit, nicht ganz einverstanden.

Wir wissen, daß Teile der Friedensbewegung sich nicht darauf beschränken borniert auf Perahing zu starren um so die reale Situation in den osteuropäischen Ländern zu übersehen. Allerdings wissen wir auch unter welchen Bedingungen eine solche, von unseren libertären Freunden in Polen geäußerte Einschätzung zu stande kommt.

In Polen stehen den Menschen für Informationen über Ereignisse im westlichen Ausland nur zwei Quellen zur Verfügung, nämlich die offizielle Propaganda sowie die Sendungen von BBC, Radio Freies Europa etc. Beide Quellen propagieren und verstärken aus unterschiedlichen Gründen die einseitigen Äußerungen von Teilen der Friedensbewegung. Im staatlichen Fernsehen gibt es nur Bilder von Transparenten usw. zu sehen, die sich gegen die Aufrüstung der USA richten. Anderes wird einfach nicht gezeigt. Die westlichen Sender verstärken diese Darstellung noch, indem sie zum Teil fälschlicherweise die Friedensbewegung als ausschließlich gegen die NATO gerichtet denunzieren.

die Redaktion

POLNISCHE ANARCHISTEN:

BEUNRUHIGENDE TENDENZEN

- Ein Jude kommt zu einem Rabbiner und fragt: "Rabbi, du bist sehr weise, sage mir, wird es einen Atomkrieg geben?" "Nein, einen Atomkrieg nicht", antwortet der Rabbi, "aber es wird solch ein Kampf für den Frieden toben, daß kein Stein auf dem anderen bleibt".

Dieser in der UdSSR hinter vorgehaltener Hand erzählte Witz, illustriert die authentische öffentliche Meinung in den realsozialistischen Staaten, zu den einseitigen Friedenskampagnen im Westen.

Wir möchten in aller Kürze, die Aufmerksamkeit unserer libertären Freunde im Westen auf uns beunruhigende Tendenzen innerhalb der westlichen Friedensbewegung lenken.

Vor allem sind wir entsetzt über das Ausmaß sovietischer Infiltration der Friedensbewegung, die das Ziel anvisiert, diese im Einklang mit den Interessen des sovietischen Imperialismus handeln zu lassen.

Demgegenüber sind wir der Auffassung, daß die Konstruktion eines dauerhaften Friedens nur das Resultat eines solidarisches Kampfes aller Völker gegen "ihre" Armeen sein kann.

Derzeit vergißt die westliche pazifistische Bewegung allzu leicht den von der UdSSR und ihren Satelliten geführten Krieg in Afghanistan, die andauernde Okkupation der baltischen (d.h. Lettlands, Litauens und Estlands), sowie der mitteleuropäischen Länder. Auch die permanente Mißachtung der Grundrechte von Millionen von Menschen wird kaum beachtet.

Die Friedensbewegung fürchtet Perahing mehr als SS 20; über die gewalttätige sovietische Aufrüstung, welche eine der Ursachen für die dürftigen Lebensverhältnisse der osteuropäischen Bevölkerung darstellt, wird nur flüsternd gesprochen.

Friedensaktionen, deren einziges Ziel es ist, sich der verbrecherischen Politik des Pentagons und der NATO zu

widersetzen, sind für uns gleichbedeutend mit der Unterstützung des sovietischen Imperialismus.

Die Forderung nach der Nichtstationierung amerikanischer Erstrangwaffen ohne gleichzeitige Verurteilung des sovietischen M.itarismus und Imperialismus unterstützt dessen Position im globalen Krieg zur Neuverteilung der Einflusssphären. Daran können wir kein Interesse haben.

Aus diesem Grund sind wir der Meinung, daß es erforderlich ist den Teilen der "Friedensbewegung", die sich der Sache einer bestimmten (welcher ist uns gleichgültig) imperialistischen Macht verschrieben haben, entschlossenen Widerstand entgegen zu setzen.

Selbstverständlich bedeutet das eben nicht, den sovietischen Imperialismus als einen Aggressor, als alleinige Quelle des Wettübens zu betrachten. Dies würde lediglich dazu führen, den imperialisti-

schen Zielen anderer Staaten wie z.B. der BRD, der USA oder China Vorschub zu leisten.

Leider müssen wir feststellen, daß sich eine Meinung von den Autoren des "KOS" - Briefes an die Friedensbewegung im Westen vom 9.5.1983, vertreten wird. Wir erklären uns damit nicht einverstanden und bedauern diese Position.

Eine Konsequente Friedensbewegung kann nur entstehen in Vereinigung der im osteuropäischen Untergrund tätigen Feinde der Rüstung (vor allem in der DDR, Ungarn und Polen) mit ebensoviele Gruppen im übrigen Europa und auf anderen Kontinenten.

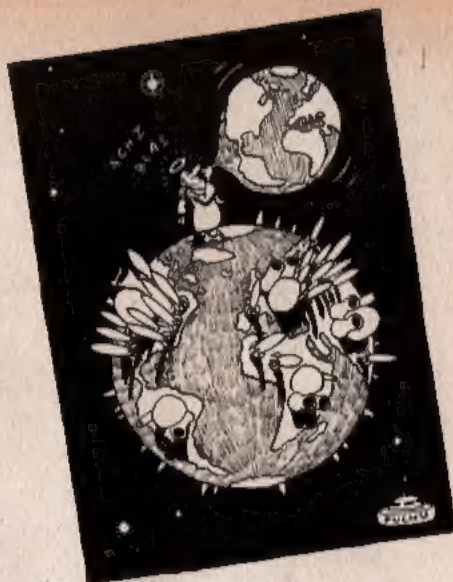
Wir meinen, daß der kontinuierlich durchgeführte Austausch von Informationen, die solidarisch und international geführte Diskussion zwischen den Feinden der Herrschaft und der Ausbeutung in Ost und West helfen wird, die Einseitigkeit der Kritik, also die "beunruhigende Tendenzen" zu überwinden.

Warschau, 25.10. 1983

- 1) In diesem Brief des KOS(2) wird die us-amerikanische Politik z.B. in Mittel- und Südamerika, die Unterstützung der türk. Militärjunta durch die EO, USA und NATO, v.a. durch die BRD mit keinem einzigen Satz gebührend kritisiert. Die SU erscheint dort als einzige aggressive, die grundlegenden menschlichen Rechte mißachtende Macht.

(Anm. der Redaktion)

- 2) KOS d.h. "Komitee des gesellschaftlichen Widerstandes" ist wohl die bedeutendste oppositionelle Gruppe in Polen, die selbstverständlich unter den Bedingungen der Illegalität arbeiten muß. Das dem aufgelösten KOR (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter, 1976 nach großen Streiks gegründet) nahestehende KOS wird im Allgemeinen als "sozialdemokratisch" charakterisiert. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß gegen viele Mitglieder des KOR (z.B. Kurok, Michnik) in den nächsten Wochen Staatschutzprozesse durchgeführt werden. Ende Okt. '83 entblüdete sich General Jaruzelski nicht, den politischen Gefangenen "Straflosigkeit" anzubieten, wenn diese sofort in den Westen verschwinden würden. "Geht doch rüber", heißt es auf deutsch. Unsere Solidarität mit den politischen Gefangenen, auch in Polen, ist unbedingt erforderlich. (Anm. der Red.)



kurzes

BLACK FLAG & ABC

Das ABC (Anarchist Black Cross), unsere internationale Gefangenenhilfsorganisation sowie die Zeitung BLACK FLAG haben eine neue Adresse:
Black Flag & ABC
c/o Box ABC
121 Raiton Road
London SE 24, GB

Die BF erscheint seit einiger Zeit in zwei Variationen: 4 vierteljährliche Ausgaben sowie 14 tägliche Bulletins bieten regelmäßige und allgemeine Informationen. Der Abopreis beträgt 9 Pfund p.a..

Cuba

Wir haben in der letzten Ausgabe über fünf, von der Hinrichtung bedrohte kubanische Arbeiter berichtet (nach DFG). Diese hatten versucht, nach polnischem Vorbild, eine illegale Gewerkschaft aufzubauen. Da sie durch die Propagierung eines Streiks in der Zuckerindustrie wegen Gefährdung der "Staatsicherheit" angeklagt wurden, kam das Todesurteil zustande. Dieser feige Mord des Castro-Regimes wurde jedoch schon im Januar begangen, an Arbeitern, die alle im Alter um zwanzig Jahre waren. Was mit den etwa zweihundert anderen Kollegen, die in dem gleichen Zusammenhang verhaftet wurden, geschehen ist, haben wir noch nicht erfahren.

Ezquiel Diaz Rodriguez
José Luis Diaz Romero
Donato Martinez Garcia
Carlos Garcia Diaz
Benito Garcia Diaz

Für die Vorbereitung eines Streiks und für den Aufbau einer Gewerkschaft ermordet.

RADIO ZINZINE

Seit Juni 1981 sendet Radio Zinzine in Südfrankreich, ab 1983 im 24-Stundenbetrieb. In den letzten Jahren sind in Frankreich bekanntlich hunderte von "freien Radios" aus dem Boden geschossen. Um sich den allmächtigen Massenmedien zu widersetzen, werden alternative und dezentrale Kommunikationsformen geschaffen. Leider entstand in Frankreich gleichzeitig eine Vielzahl von rechtslastigen, opportunistischen und kommerziellen Radiostationen (z.B. Radio Tour Eiffel, Paris, gegründet von Jacques Chirac, Bürgermeister von Paris und Führer der rechtskonservativen Partei RPR), die mit Geld nur so überschüttet wurden und von der Regierung auch problemlos Sendeerlaubnis erhielten.

Radio Zinzine ist mit einer ganzen Reihe anderer Sender in der FNRL (Nationale Vereinigung der freien Radios) organisiert, in der über 300 Radios zusammengeschlossen sind.

Fast so alt wie Radio Zinzine ist das wöchentlich erscheinende "Radio Zinzine Info", das nicht nur der Region und in ganz Frankreich, sondern auch an Freunde und Organisationen in Europa verteilt wird.

Weitere Informationen (auch in Deutsch):

RADIO ZINZINE
Boite Postale 42
F - 04300 Forcalquier



Inhalt von Nr. 121 (84 Seiten)

Schwarzer Faden: Kriegerbewegung und Friedensgefahr. NATO-Gebietsplan; Marx - 100 Jahre nach seinem Tod (von Arno Hünem); Sozialkritik (von Hans-Jürgen Degen); Spanien-Mystik; Briefe aus der Grotte, 1984; Plinthe; Sprengung; Stalker; Schwarze Kreise; Feminismus; Schwelbe (bdt); Verlagsnachrichten; Polen; TIT-Donat; Mithras; Freie Hölle; Rosa Luxemburg; Losbrüche.

Einzelsnummer: 4,- DM
Jahresab: 14 Ausgaben: 15,- DM
30 x 40 cm, 120 g, 100% für Wiederverkauf.
BESTELLUNG: SP, 7416 Ruitlingen, Obere Hülbenstraße, 3
Einzahlungen auf das Konto Nr. 57483-763 beim Postcheckamt Stuttgart, Pri. Kammann, Ruitlingen.

VANCOUVER FIVE

Schatten der Mc Carthy Ära...

Am 13. Juni 1983 wurde in dem Haus einiger Aktivistinnen der Aktion "Free the Five" (siehe "Aktion" 5/82, 1/83, 2/83, 3/83) eine Razzia gestartet. Die Cops beriefen sich auf ein Gesetz, welches zuletzt 1950 auf dem Höhepunkt des sogenannten "Roten Schreckens" benutzt worden war. Es heißt "Seditious Libel" und kann etwa mit "Aufwiehrerische bzw. Volkverhetzende Verleumdung" übersetzt werden. Was da allerdings so "Aufwiehrerisch Verleumdend" sein sollte, haben die Cops nicht erklärt. Statt dessen wurden einige Sachen beschlagnahmt (unter anderem jegliche Korrespondenz mit den "Vancouver Five"). Die öffentliche Empörung über diese Razzia hervorgerufen, hat die Polizei zwar davon abgeschreckt, Anklage (wegen "Seditious Libel") zu erheben, dafür wurde aber eine Bewohnerin des durchsuchten Hauses verhaftet, da sie illegal eine Abtreibung vermittelt haben soll. Nach der Verhaftung, bot man ihr an, die Anklage fallen zu lassen, wenn sie die Bombenattentäter von "Littan" nennen würde. Trotz der ständigen "Belästigung" durch die Staatmacht, haben die Unterstützer der "Vancouver Five" hohe Solidarität bewiesen:
- Demos in Vancouver, Toronto, Montreal und San Francisco (vor dem kanadischen Konsulat)
- Unterstützungsgruppen in Vancouver, Calgary, Winnipeg, Toronto, Montreal, Hamilton, Ottawa, Seattle, San Francisco und London.
- Solidaritätsschriften und Protest gegen die Cops und die Medien von:

Federation of Women, die Vancouver District Labour Association, der Cheeky-Danemair Allianz und vielen anderen
- Unzählige Buttons, Flugblätter, T-Shirts, Grafitis und und und.....

Nach "Open Road", Extra 1984 Preview



CEDRI

CEDRI (europäisches Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter)

Es wurde 1982 gegründet und setzt sich vor allem mit der Situation der türkischen Arbeiter und politischen Flüchtlinge in Europa, besonders in der BRD, auseinander. Es verfolgt z.B. die Lage politisch Verfolgten in der Türkei und sandte Beobachter zu Massenprozessen. Das Komitee gibt regelmäßig ein "CEDRI - Bulletin" heraus. Dieses Bulletin, verschiedene Broschüren (Asylrecht in der BRD usw.) und nähere Informationen über die Arbeit von CEDRI von:
CEDRI
Postfach (o. Missionstr. 35)
Ch-4002 Basel
Schweiz



Du Idiot!

Pořady pro děti

KINDERSENDUNGEN

Auf die geistige Entwicklung des Kindes wirken eine ganze Reihe von Faktoren. Erziehung der Eltern, der Schule, die Auswirkungen des Kinderkollektive, die Umgebung usw. Und auch das Fernsehen. Natürlich man darf es nicht überdosieren. Selbst die besten Sendungen können niemals den lebendigen Kontakt mit Vater und Mutter ersetzen. Und trotzdem kann auch Fernsehen beiden Eltern nicht nur bei der Erziehung helfen, sondern - Hand aufs Herz - ihnen auch etwas Ruhe von den Kindern gönnen.

Es wird gesagt: für Kinder das Beste! Wenn es sich um Fernsehapparate handelt, gilt das aber auch für Erwachsene. Gute Qualität von Bild und Ton multiplizieren doch unseren Nutzen sowie den Genuß der Fernsehsendungen. Deswegen ist es sinnvoll, einen alten Fernseher durch einen neuen, modernen zu ersetzen. Zur Schau von volltransistorisierten Fernsehern laden Sie Markentäden von TESLA und TESLA Multiservice - Zentren ein.

TESLA MULTISERVIS



Aus: "Magazin Mladé Fronty"
(Junge Front Magazin)
Nr. 2/83, S. 83.
Hrsg.: "SSM" (ZK d. Soz. Jugendbundes) i. d. CSSR.



HERBSTPROGRAMM LIBERTÄRES FORUM

Im Libertären Forum werden seit 1981 die unterschiedlichsten anarch. Theorie & Praxisansätze in öffentlichen Veranstaltungen zur Diskussion gestellt. Referenten für anderweitig stattfindende Seminare und Veranstaltungen werden über das L.F. vermittelt.

Alle libertären Gruppen sind aufgerufen, sich am Forum zu beteiligen und in gleichberechtigter Weise zukünftige Programme zu gestalten.

Weitere Informationen über die Veranstaltungen im HERBSTPROGRAMM '83 (Okt.-Dez. 83) über das L.F. und die FAU-Berlin gibt es bei:

W. Bayer
c/o FAU
Cransachstr. 7
1 Berlin 41



AUFGESTÖBERT...

AUF DER SUCHE NACH DEN WAHREN AMERIKANERN

Es ist schon oft kommerzieller Unfug mit ihnen, den Indianern, betrieben worden. Erst kürzlich tanzte ein echter Indianer für den Überreuther - Verlag auf der intellektuellen Schaubühne der Buchmesse. Demnächst werden sie wohl im neuerdings kulturell - romantischen Touch via Video zu sehen sein, während kapitalträchtiger Disco - Sound die "ärmlich, aber glückliche" Szenerie musikalisch untermauert! Hoffungsvoll mutet dagegen die knapp zwanzigseitige Zeitschrift "amedian" an. Diese heimarbeitliche Produktion lebt von den Geldern ihrer Abonnenten, die in den deutsch - indianischen Kreis formell eintreten müssen. Dahinter stehen nur zwei Leute, die Indianer nicht nur in Form von Schaukelstuhllektüre anbieten wollen. Ungebunden sein heißt dort auch frei von ideologischem Gepräge.

Ihre liberalen, manchmal vielleicht etwas zu ausgewogene Grundhaltung führt dennoch zur kritischen Darstellung von wenig erwünschter Indianerpolitik bezüglich imperialer US - Manier. Sanfte Kritik auch stellenweise an ethnologischen Machenschaften, die durch kulturell - geistige Vergewaltigung die Indianer ihres Lebensraumes gänzlich berauben. Die "amedian" angegebenen Buchtipps sind für große und kleine Portemonnaies bestimmt, außerdem enthalten sind Angaben zu indianischen Zeitungen. Alles in allem lohnenswerte Informationsergänzung, zumal der Abonnent den Preis selbst festlegt.

Weitere Information:
Deutsch - Indianischer Kreis
Dr. Axel Schulze - Tholin
Koslestr. 11
7000 Stuttgart 1





In nomine et honorabilitate
INQUISITORIS MAGNI
FRIDERICI CARPENTORII
bei seiner Schildkröte
und zu ihrem Wohle
schwören wir:

In nomine et honorabilitate
INQUISITORIS MAGNI
FRIDERICI CARPENTORII
bei seiner Schildkröte
und zu ihrem Wohle
schwören wir:

In nomine et honorabilitate
INQUISITORIS MAGNI
FRIDERICI CARPENTORII
bei seiner Schildkröte
und zu ihrem Wohle
schwören wir:

Die Wahrheit zu sagen und
nichts als die Wahrheit, wo alle
Staates, der Großen unseres Lan-
des, des Profits und der Jung-
den für diese Sicherheit ihr Bestes
geben in Polizei, BGS und Bun-
deswehr,
sie aber zu verschweigen, wo sie
den Vorgenannten abträglich oder
von ihnen verboten ist.

Alles zu tun oder zu unterlassen,
was in unseren niedrigen Kräften
steht, die Aufgabe der Sicher-
heitskräfte nicht zu gefährden, zu
sondern zu ermöglichen, zu er-
leichtern, ja vorwegzunehmen.

Die Unbesonnenheit und Zügel-
losigkeit unseres jugendlich Win-
kenden Leichtsinns unterzuordnen
den weisen und maßgebenden Vor-
reiter, wie Geri Bastian, Petra Kat-
hy, Jo Lennen und vieler anderer,
dem folgend, das öffentliche Auf-
brausen dem Mineralwasser zu
Rum und Crabbencocktail auf den
Empfängen für Generäle befreund-
eter Großmächte und andere
Kumpel unserer Regierung zu sich
nehmen.

Das Steiglassen von 99 vor-
schönlich aneinandergeketteten
Luftballons sei uns höchste Freu-
de und Eskalation.
Das Nähere bestimme die Örtli-
che Politzentrale.

Das geloben wir
In nomine et honorabilitate
INQUISITORIS MAGNI
FRIDERICI CARPENTORII
bei seiner Schildkröte
und zu ihrem Wohle
bis daß der Tod entscheidet.

FÄLSCHUNGSICHERER ABWIEGLER AUSWEIS
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Dieser Ausweis wird von 1984 bis 1985 gültig sein. Die Inhaberschaft dieses Ausweises ist ein Zeichen für die Mitgliedschaft in der Bundesrepublik Deutschland.
Er ist das Recht der Bundesrepublik Deutschland zu bezeugen.

Hiermit wird der, dem normalen Bürger zu-
bescheinigt, daß sie, er sich bei Menschenansammlungen
von mehr als einer Person insbesondere in
Demonstrationen abweisend und staatsräuberisch
verhalten haben werden wird.



Poesie für Zimmermann



FILM:

"WAR GAMES"

22% der US-Atomraketen wer-
den im Ernstfall nicht ab-
geschossen. Grund hierfür
ist menschliches Versagen,
oder besser gesagt, Grund
sind die Menschen, die sich
weigern den berühmten Schlus-
sel zu drehen.

Einer der Computerspezial-
isten des NORAD-Centers
(North American Air Defense
Command) will deshalb das
Abschuß-Bedienungspersonal
durch den Computer "WOPR"
(War Operation Plan Response)
ersetzen; dieser wird direkt
an die Abschlußautomatik der
Raketensysteme angeschlossen,
damit er die Raketen im
Ernstfall selbständig ab-
feuern kann.

Dagegen ist der Computero-
freak David ein noch harm-
loser, aber leidenschaft-
licher Videospiele. In
einer Anzeige entdeckt er,
daß eine Videofirma in
Kürze brandneue Videospiele
auf den Markt bringen will.
Diese Spiele will David natür-
lich spielen; mit seinem
Heimcomputer versucht er,
sich illegal in das Computero-
system der Firma einzuschlei-
chen. Versichtlich ge-
rät er dabei aber an den

Computer des Verteidigungs-
systems, an WOPR. Dieser
verweigert David zunächst
den Zugriff, weil David das
richtige Passwort (geheimes
Kennwort) nicht kennt. Nach
mühsamer Arbeit findet
David das persönliche Pass-
wort des Programmierers.
(Persönliche Passwörter wer-
den in der Regel von den
Programmierern encodiert,
um später das allgeseine
Sicherheitssystem zu um-
gehen.) Nun ist WOPR zur
Kommunikation bereit. Auf
dem Bildschirm erscheint
eine Liste mit Spielen,
die sich in WOPRs Speicher
befinden. David fordert

WOPR zum "Spiel" GLOBAL
THERMONUCLEAR WAR auf. WOPR
versucht zwar noch, David
für ein anderes Spiel (z.B.
Schach) zu gewinnen, aber
David bleibt hart. Er über-
lässt dem Computer die Ver-
teidigung der USA und über-
nimmt selbst den Part der
Russen. Der Erstschieß-
Davids ist die Zerstörung
von Las Vegas und Seattle.
WOPR ist darauf programmi-
ert, den nuklearen Krieg
zu gewinnen und so merkt
David schnell, daß dieses
kein Spiel mehr ist; doch
WOPR ist nicht mehr zu
stoppen.

Für einen Ostagenten ge-
halten, wird David vom FBI
verhaftet, kann aber ent-
kommen und nochmals Kontakt
mit WOPR aufnehmen. Der ein-
zige, der den spielwütigen
Computer jetzt vielleicht
noch stoppen könnte, ist der
Programmierer Falkner. David
kann ihn aufspüren, entdeckt
aber, daß Falkner kein Inter-
esse daran hat, die Welt zu
retten. Nach einigen Minuten
Kinospannung entschließt
dieser sich doch noch einzu-
greifen, gerührt wohl durch
die Jugend Davids und seiner

Freundin. Wenige Minuten
vor Beginn der Katastrophe
erreichen die Retter die
Welt des NORAD-Zentrums. Der
verantwortliche General
wird mal schnell davon über-
zeugt, daß der Computer den
Angriff nur simuliert; der
Gegenschlag der USA wird
nicht gestartet - die Welt
scheint gerettet. Doch WOPR
hat noch nicht ausgespielt.
Er will gewinnen und beginnt
nun, die Raketenabschlußcodes
zu ermitteln, um die eben noch
goldnet wurden um WOPR lahm-
zuliegen. Wieder ist unser
held David der einsige mit
einer guten Idee. WOPR be-
kannnt den Befehl, zwei-dimen-
sionales Tick-Tack-Toe mit
sich selbst zu spielen (ein
Spiel, das man nur gewinnen
kann, wenn der Gegner nicht
aufpasst).

WOPR "lernt" jetzt, daß es
Spiele gibt, die man nicht
gewinnen kann, und schließt
daraus, daß auch das Spiel
Ost-West-Krieg nicht zu ge-
 winnen ist (weil ein banaler
Schluß). Alles atmet auf.
Das Spiel ist vorbei, der
Film ist aus, die Welt ist
gerettet.

"WARGAMES" ist natürlich ein
rein kommerzieller Film. In
den ersten sechs Wochen hat
er in den USA 47 Mio. Dollar
eingebracht. Mit seinen bun-
ten Bildschirm-Geflackern er-
innert er etwas an den Disco
Film "Saturday Night Fever",
der auch von dem Wargames-
Regisseur John Badham ge-
regelt wurde. Ansonsten gibt
es nicht viel zur technischen
Seite zu sagen.

Bei einem breiten Publikum
rüttelt "Wargames" zwar die
Angst vor der atomaren Apo-
kalypten wach, erstickt sie
jedoch sogleich wieder durch
sein Happy End. Der Zuschauer
kann seine Angst im Kino aus-



leben und braucht sie nicht mehr durch irgendwelche Aktionen gegen Staat und Machthaber zum Ausdruck zu bringen. Er wird, wie die Kinder mit Kriegsspielausg, dazu veranlaßt, den Krieg als ganz normale alltägliche Bedrohung zu erleben; so wie er als Fußgänger von Autos bedroht wird, vor denen er längst keine Angst mehr hat, weil er ständig mit ihnen konfrontiert ist. In das Bewußtsein der Menge wäre der Film wohl nur ohne Happy End eingegangen. Der Zuschauer wäre durch die Zerstörung seiner schönen Welt geschockt worden und hätte vielleicht Anstoß zur Kritik bekommen. Aber wer hat schon Interesse an einem kritischen Menschen?

"Wargames" nimmt nicht nur die Angst vor dem Krieg sondern (durch eine Hintertür) auch die vor dem "dummen Computer. WOPR "lernt" nämlich während des Films, daß ein 3. Weltkrieg sinnlos wäre. Der nichtreflektierende Zuschauer verlässt dann das Kino mit dem "Gefühl", daß der dumme Computer jetzt schlauer ist und natürlich keinen Krieg mehr anfangen wird. Die Welt ist wieder in Ordnung und er macht sich keine weiteren Gedanken zu der Gefährlichkeit der "dummen Computer". In Wirklichkeit gibt es zwar Computer, die die Fähigkeit besitzen, lernen zu können, doch die simulieren irgendwo an Universitäten den menschlichen Verstand nicht aber den 3. Weltkrieg. Mir kann keiner erzählen, daß die sich einen Computer ins Verteidigungszentrum stellen würden, der eine "Eigendynamik" entwickeln könnte. Statt eigendynamisch muß der "logisch" sein. Logisch in die Katastrophe!

Am 3. Juni 1980 starteten zum Beispiel einige Hundert Bomber und die Kommandozentrale des Präsidenten aufgrund eines Fehlers im "logischen" System des Computers. Der NORAD-Computer hatte 2000 angreifende sowjetische Raketen geortet. Damit derartiges nicht wieder an die Öffentlichkeit kommt, hat Präsident Reagan im April dieses Jahres den Vorschlag eingebracht, jeden, der irgendwelche Informationen aus dem Bereich der atomaren Rüstung an die Öffentlichkeit bringt mit einer Geldstrafe von 100.000 US Dollar oder 20 Jahren Gefängnis zu belegen (Tallahassee Democrat, 17.8.83).

Sollte sich allerdings ein Computerfehler, wie der von

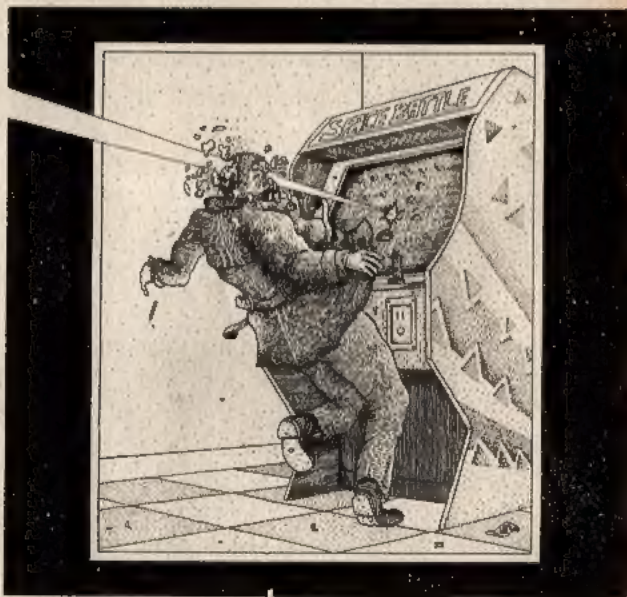


Bathem-Film „War Games“: Bomben auf Las Vegas

1980, auf die Pershing II's in Europa auswirken, so gibt es keine Zeit mehr, um Konferenzen einzuberufen und zu entscheiden, ob es sich wirklich um einen Angriff der Russen handelt oder nicht. Die Pershing II erreicht ihr Ziel nämlich so schnell, daß nur acht Minuten Vorwarnzeit verbleiben. Fünf Minuten benötigen die Russen zur Erkennung und Vorbereitung des Gegenschlages. Damit bleiben nur drei Minu-

ten, um die atomare Apokalypse zu verhindern (FR). Wie realistisch ein Fehler oder eine Sabotage ist bestätigt uns auch Ex-Außenminister Alexander Haig, der auch Vorstandsmitglied der "Metro Goldwyn Meyer / United Artists" ist. Haig ist davon "überzeugt, daß Saboteure und Feinde Teile des (NORAD) Systems noch cleverer mißbrauchen könnten als es der Teenager in Wargames tat".

JOSHUA



"ein Mann dessen untadelige Haltung der Tiger lobt"
Adam ZAGAJEWKI

DENKBLOKADEN

so lagerten wir unterhalb
einen steinwurf entfernt von der base
forderten den wachhabenden GI
ultimativ
nur umkehr auf
deutsch nix verstehn

die mobilen abschulrampen spleiten verstecken
in pfälzischen wäldern
vorsellig entlaubt, kein lock
in flachbach oder agent orange
nur unverfügbarkeit der biologie
im frieden

geatlefeld, tanngrün zogen jäger
kreise um uns bis die dämmerung
"in allen landesfarben überrasche"
ohren tauch vom flügelachlag
der helikopter und der tagesschau
übertragen aus haushohen boxen - umsonst
rief ein sprecher die bergpredigt aus
entblößen junge männer den lula als die hund
in unsere mitte brachen

im geistworts der nacht
schlugen die jäger uns in die wännen
damit wir singen konnten
we shall overcome
einen steinwurf entfernt von der base

in den zellen wohnen schlechte trüfeme
von gebratenen tauben die blau in den mund
fallen oder marschflugkörper
mit spottversen für die genossen in polen
hinter der trennscheibe liest der anwalt
eine forderung von den lippen ab;
zusammenlegung zu bezugsgruppen!

wenn die genosse die appelle nicht lesen
rücken wir eben zusammen, schließen frieden
mit uns, bauen zum beispiel eine seele
und malen die mauer an, hüben wie drüben
als beitzung zur entspannung (= relax)

wir bitten um achonung, es ist an der zeit
führt eure kriege woanders
wenn es schon sein muß
im gewitzig verbleiben wir uns wünsche
über die grenzen der hauptstädte hinaus
ohne PAX

die regierung ist beschäftigt
(sie katalogisiert das abendland
- es ist 6 vor 12) nur polizeibeamte
fotokopieren die unterschriftenlisten
für ihre datenbank

wenn wir fast nichts wollen
werden wir nicht mehr

Andre